www.laender-analysen.de/russland

LÄNDER–ANALYSEN

Nr. 417 | 21.03.2022

Russland–Analysen

Sicherheitspolitik

- **ANALYSE**
  Sichtbare Entfremdung. Der Blick auf Russland im Sicherheitsradar 2022 — 2
  Christos Katsioulis und Simon Weiß
  (Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wien)
- **ANALYSE**
  Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik — 7
  Ruth Deyermond (King's College London)
- **ANALYSE**
  Militärmanöver: Scheinschlachten oder Vorboten des Krieges? — 11
  Jon-Wyatt Matlack (Universität Regensburg)
- **KOMMENTAR**
  Der geplante Krieg — 15
  Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)
- **DEKODER**
  Russisch-kasachisches Win-win — 19
  Temur Umarow (Carnegie Moscow Center)
- **DEKODER**
  Krieg oder Frieden — 22
  Artyom Shraibman (Carnegie Moscow Center)

- **CHRONIK**
  28. Februar – 06. März 2022 — 24

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

ANALYSE

Sichtbare Entfremdung. Der Blick auf Russland im Sicherheitsradar 2022

Christos Katsioulis und Simon Weiß
(Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wien)

DOI: 10.31205/RA.417.01

Zusammenfassung

Der »Security Radar 2022. Navigating the Disarray of European Security« ist eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die auf einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in 14 OSZE-Staaten basiert und kurz vor Kriegsausbruch erschienen ist. Die »Unordnung« in der europäischen Sicherheit ist in dieser Analyse an vielen Dimensionen und Fragen erkennbar. Im Folgenden sollen vor allem vier relevante Aspekte aus der Studie diskutiert werden, um einen Überblick über die sicherheitspolitischen Einstellungen in Russland vor Kriegsausbruch zu bekommen: Zugehörigkeit zu Europa, Rückgang der Wahrnehmung von Interdependenzen, die Perzeption des Konflikts und Statusunzufriedenheit. Denn auch in autokratischen Systemen kann die politische Führung nicht losgelöst von der Öffentlichkeit solche schicksalhafte Entscheidungen treffen.

Die europäische Sicherheitsordnung vor dem russischen Angriffskrieg

Viele Gewissheiten europäischer Sicherheit sind seit dem russischen Angriff gegen die Ukraine hinfällig. Doch auch wenn Entscheidungen über Krieg und Frieden, Waffenlieferungen und Sanktionen meist in einem kleinen Kreis getroffen werden, bleibt es unabdingbar, die gesellschaftlichen Dynamiken, vor deren Hintergrund diese Entscheidungen getroffen werden, im Blick zu behalten. Dies hilft die Entwicklungen besser verstehen zu können und schärft die Wahrnehmung von Handlungsspielräumen auch und gerade im Angesicht eines zwischenstaatlichen Krieges in Europa. Die russische Aggression bringt unermessliches Leid über die Ukraine, fordert viele Opfer auch auf russischer Seite und hat viele fragilen Hoffnungen auf eine kooperativen Sicherheitsordnung in Europa zu Bruch gehen lassen. Doch die Absetzbewegung Russlands von wichtigen Grundsätzen europäischer Sicherheit hat schon vor längerer Zeit begonnen. Dies lässt sich insbesondere auch an gesellschaftlichen Perzeptionen und Einstellungen ablesen.

Vor drei Jahren haben wir auf Basis des »Sicherheitsradar 2019: Weckruf für Europa« in den Russlandanalysen Nr. 371 (https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/371/russland-im-sicherheitsradar-2019/) geschrieben, dass »ein großer militärischer Konflikt nicht mehr mit derselben Gewissheit wie noch vor einem Vierteljahrhundert ausgeschlossen werden kann« und deshalb ein Weckruf nötig sei, um zu einer Trendumkehr in der europäischen Sicherheitspolitik zu gelangen. Grund für den Weckruf war die Erosion zentraler Pfeiler der europäischen Sicherheitsordnung im Bereich Rüstungskontrolle, der Bedeutungsverlust kooperativer Sicherheitsinstitutionen wie der OSZE und deren politische Lähmung, aber vor allem auch das schwindende Vertrauen zwischen dem Westen und Russland. Dazu kam die Beobachtung des Sicherheitsradars 2019, dass Russland und zentrale westliche Akteure sich zunehmend in Schlüsselfragen der europäischen Sicherheit entfremden. Der Weckruf ist inzwischen schon lange verhallt. Und statt der fortschreitenden Erosion der Sicherheitsordnung und dem schleichenden Vertrauensschwund erleben wir einen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und damit den Zusammenbruch der europäisch-russischen Beziehungen und der Überreste der europäischen Sicherheitsordnung.

Was war vor der Zeitenwende?

Drei Wochen nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine ist die Welt nicht mehr so, wie sie früher einmal war. Die Betroffenheit ist in nahezu allen Bereichen des Lebens enorm. Das Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor Beginn der Eskalation zum zweiten Mal nach 2019 die sicherheitspolitische Studie »Security Radar 2022« durchgeführt und bei der Münchner Sicherheitskonferenz präsentiert. Im »Sicherheitsrader 2022« haben wir eine repräsentative Umfrage in der Bevölkerung von 14 OSZE-Ländern durchgeführt und zusätzlich in jedem Land eine Expertengruppendiskussion durchgeführt. Dieses Forschungsdesign erlaubt uns, die quantitativen Ergebnisse der Umfrage mit Einschätzungen von Expert:innen aus den jeweiligen Ländern qualitativ zu kontextualisieren. Die Studie wurde im Zeitraum von September bis Oktober 2021 in folgenden Ländern durchgeführt: Armenien, Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Lettland, Norwegen, Polen, Russland, Serbien, Türkei, Ukraine, Großbritannien und USA.

Die Ergebnisse bieten einen Einblick in die gesellschaftlichen Stimmungen vor Beginn der Eskalation

durch den russischen Truppenaufmarsch. Sie geben somit einen Eindruck von den gesellschaftlichen Wahrnehmungen, vor deren Hintergrund folgenreiche politische Entscheidungen gefällt wurden. Dies gilt selbstredend in größerem Maße für die demokratischen Länder. Aber auch in autokratischen Regimen lässt sich auf Dauer nur schwer Politik gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit machen. Im Folgenden richten wir unser Augenmerk auf die Ergebnisse der Befragung in Russland, um die politische Entwicklung im Land besser einordnen zu können.

Die Entfremdung Russlands

Die Daten aus Russland zeigen ein deutliches Bild: Im Vergleich zur Erhebung aus dem Jahr 2019 stellen wir 2021 eine zunehmende Entfremdung Russlands von Europa fest. In der russischen Gesellschaft gibt es eine Reihe von Aspekten, anhand derer die Kluft zwischen Russland und anderen Staaten Europas gemessen werden kann. An vier Beispielen wollen wir dies veranschaulichen.

1. Zugehörigkeitsgefühl zu Europa nimmt ab

Die Wahrnehmung, zum europäischen Kulturkreis zu gehören, hat im Vergleich der Jahre 2019 und 2021 um 9 Prozent von 74 auf 65 Prozent abgenommen. Dieser Rückgang ist für sich genommen noch nicht dramatisch. Aber in Kombination mit weiteren Ergebnissen der Umfrage erhärtet sich der Eindruck, dass sich die russische Gesellschaft stetig vom Westen wegbewegt hat. Auch die Expertenrunde ließ keine eindeutigen Schlüsse zu, inwiefern dieser Wandel in den Wahrnehmungen auf innenpolitische Faktoren (medial vermittelte Propaganda) oder internationale Aspekte (das Handeln anderer Staaten gegenüber Russland wird als aggressiv wahrgenommen) zurückzuführen ist. Mit hoher Wahrscheinlichkeit spielen die westlichen Sanktionsregime und ihre Perzeption in der russischen Bevölkerung nach der Krim-Annexion, Importsubstitutionen und der staatlich unterstützte Wertekonservatismus mit dem Schwerpunkt auf die kulturelle Einzigartigkeit Russlands (*samobytnost*) eine wichtige Rolle. Die Aussage, dass Russland eine einzigartige Kultur besitzt, die mehr als je zuvor geschützt werden sollte, haben die Befragten mit 74 Prozent bejaht. Außerdem sind 45 Prozent der befragten Russinnen und Russen der Ansicht, dass unterschiedliche Werte das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen entscheidend beeinflussen.

2. Die wahrgenommene Interdependenz mit dem Westen nimmt ab

Die Entfremdung der russischen Gesellschaft vom Westen lässt sich auch daran erkennen, dass die Abhängigkeit des eigenen Wohlbefindens von Entwicklungen außerhalb Russlands als geringer eingeschätzt wird also noch vor drei Jahren. 62 Prozent der Befragten waren 2019 noch der Auffassung, dass die Prosperität Russlands von der positiven Entwicklung und dem Wohlergehen anderer Länder abhängig ist. Dieser Wert hat sich in der Befragung im Herbst 2021 auf 49 Prozent reduziert.

Dies kann mit einer zunehmenden gesellschaftlichen Resilienz gegenüber den westlichen Sanktionen zusammenhängen. Nach der Krimkrise wurden westliche Importe zunehmend durch Produkte aus Russland oder nichtwestlichen Ländern ersetzt und die Gesellschaft hat sich zusehends an die neuen Bedingungen angepasst. Im Zuge der Betonung einer kulturell eigenständigen Entwicklung entwickelte sich zudem mit der Zeit eine gesellschaftliche Wagenburgmentalität. Diese könnte sich im Zuge der Sanktionen, die seit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine eingeführt wurden, weiter verstärken. Das Potential, die aktuellen Sanktionen zu substituieren, ist eher gering, wodurch sich der Eindruck abschwächen könnte, weniger interdependent zu sein. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die staatliche Propaganda den Eindruck auch in Zukunft abwenden kann, dass gegenseitige Abhängigkeiten bestehen, indem die Wirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft und Gesellschaft als feindliche Akte dargestellt werden. Das unterstreichen ergänzend Arbeiten zur umfragebasierten Wahrnehmung bisheriger Sanktionen in der russischen Gesellschaft, exemplarisch vorgelegt von Natalija Zorkaja in der Zeitschrift Osteuropa (10-12/ 2021). Nach dem Zweck der westlichen Sanktionen gegen Russland gefragt, gaben laut mehreren Lewada-Umfragen im Zeitraum 2014–2016 um die 70 Prozent (2016: 74 Prozent) an, dass es sich um eine Politik der Schwächung und Demütigung Russlands handelt. Aus einer deutsch-europäischen Perspektive betrachtet, macht diese Tendenz deutlich, dass die Wirkmächtigkeit von Konzepten wie »Wandel durch Handel« oder »Wandel durch Annäherung« an deutliche Grenzen stößt, sobald Handelsströme im Zuge von Sanktionsregimen als Druckmittel eingesetzt werden.

3. Zunehmend im Konflikt mit den USA und der NATO

Die sicherheits- und verteidigungspolitische Neutralität der Ukraine ist eines der erklärten Kriegsziele Putins. Die Neutralität fand sich aber auch schon in den diplomatischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien, über die zwischen Dezember 2021 und Februar 2022 auf Basis der russischen Vertragsentwürfe verhandelt wurde. Sie stellte auch davor schon die zentrale Forderung im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs Russlands dar. Die Neutralität der Ukraine ist seit dem Euromaidan 2014 somit eine der wenigen Konstanten im geopolitischen Konflikt mit dem kollektiven Westen und insbesondere mit der Ukraine.

Um einordnen zu können, wie in Russland der Konflikt mit dem Westen gesehen wird, lohnt sich ein Blick auf die russische Wahrnehmung der Ukraine vor Ausbruch des Krieges. 51 Prozent der Befragten glauben, dass die Verschärfung des Konflikts von den USA zu verantworten sei, ein deutlicher Unterschied zu den Ergebnissen in allen anderen Ländern. Zudem nennen 57 Prozent der Befragten die USA als Feind, lediglich 19 Prozent gehen davon aus, dass eine Interessenkongruenz zwischen den USA und Russland möglich ist. Diese Wahrnehmung bestätigte sich in den Diskussionen mit den Expertinnen und Experten, die sehr stark auf die Auseinandersetzung mit den USA fokussiert waren und Russland in einem fortwährenden Konflikt mit Washington sahen. Die NATO gilt in dieser Auseinandersetzung als Instrument der USA oder auch als Teil des kollektiven Westens, der von den USA gesteuert wird.

Ein NATO-Beitritt der Ukraine würde aus dieser Sichtweise zu einer Sicherheitsbedrohung für Russland werden, weil die Ukraine dann für die USA und den Westen insgesamt zu einem zentralen Baustein im Konflikt mit Russland werden würde. Die faktische Grundlage einer Bedrohung Russlands durch die NATO wird in vielen Debatten im Westen rund um den Angriffskrieg als reine Nebelkerze oder vorgeschobene Begründung dargestellt. Aus der Perspektive des Westens ist dies nachvollziehbar. Die Daten des Sicherheitsradars 2022 zeigen jedoch, dass diese Perzeption von großen Teilen der russischen Bevölkerung geteilt wird. Selbst in europäischen Demokratien erachten im Durchschnitt eine beträchtliche Anzahl von Europäer:innen die NATO-Osterweiterung für eine Gefahr für die Sicherheit in Europa. Im Jahr 2019 betrug der Durchschnitt aus fünf Staaten (ohne Russland und Serbien) derer, die die NATO-Osterweiterung für eine Gefahr halten, 43,6 Prozent. 2022 lag der Durchschnitt aus 11 Staaten (ohne Russland, Serbien und Armenien) immerhin noch bei 37,2 Prozent. In Russland beliefen sich die entsprechenden Werte auf 76 Prozent vor drei Jahren und 56 Prozent im Spätherbst 2021.

Lediglich 7 Prozent der Befragten in Russland können sich die Ukraine als NATO-Mitglied vorstellen. Für die Kalkulationen der russischen Führung spielte es sicherlich eine Rolle, dass die Ablehnung eines ukrainischen NATO-Beitritts auch in der eigenen Bevölkerung einen hohen Stellenwert besitzt. Über die Jahre hinweg ist diese Haltung in der Bevölkerung relativ konstant geblieben. Im Sicherheitsradar 2019 waren es ebenfalls nur 7 Prozent.

4. Unzufriedenheit mit dem Status Russlands

Seit mehreren Jahren widmen sich Expertinnen und Experten verstärkt der Erforschung von Respekt, Status und Emotionen in den internationalen Beziehungen. Im Sicherheitsradar 2022 wurde dieses soziale Konstrukt mit der folgenden Aussage abgefragt: »Meiner Meinung nach hat mein Land nicht den Status in der Welt, den es im Vergleich zu anderen Ländern verdient.« Die 54 Prozent in Russland, die dies bejahen, (siehe Grafik 1 auf S. 6) illustrieren, dass die tief empfundene Kränkung über den Statusverlust durch den Zerfall der Sowjetunion in Russland noch tief sitzt. Die Bedeutung dieses wahrgenommen Verlusts von Status für den russischen Diskurs erklärt sich dadurch, dass das Narrativ über die »wilden 90er«, die früher vor allem im Inneren »wild« und mit sozialem Abstieg breiter Schichten verbunden waren, schon seit längerer Zeit eine außenpolitische Dimension erhalten hat. In Russland spielen die NATO-Osterweiterungsrunden (1999 und 2004), der Kosovo-Krieg (1999) und die Farbrevolutionen (vor allem die »Orange Revolution« 2004) für die außenpolitische Dimension von Statuswahrnehmung eine zentrale Rolle. Vor drei Jahren haben 56 Prozent der Russinnen und Russen der Frage über den als ungerecht empfundenen Status in der Welt zugestimmt. 2021 waren es 54 Prozent. Es ist also davon auszugehen, dass diese Wahrnehmung sehr tief im russischen Selbstbewusstsein verankert ist.

In der Expertengruppendiskussion wurde explizit betont, dass die Volksrepublik China ganz im Gegensatz zum Westen in den Beziehungen zu Russland darauf bedacht ist, Augenhöhe und einen respektvollen Umgangston einzuhalten. Diese Beobachtung deckt sich mit einem zweiten Aspekt, der im Sicherheitsradar erhoben wurde. Bei der Frage nach den außenpolitischen Prioritäten der Bevölkerung konnten die Befragten aus zwölf Themen die drei wichtigsten auswählen. Dabei landete bei der Befragung in Russland das »Sicherstellen, dass andere Länder Russland als gleichberechtigten Partner sehen und russische Interessen anerkennen« auf dem zweiten Platz, direkt nach der »Verfolgung eigener ökonomischer Interessen«. Für die befragten Russinnen und Russen scheint es also von großer politischer Bedeutung, dass der Status von Russland aufgewertet werden sollte. Das ist der Kontext für die russischen Umfragewerte zur Unzufriedenheit mit dem Status, bei denen Russland im internationalen Vergleich eher im Mittelfeld zu verorten ist.

Die russische öffentliche Meinung im Vorfeld des Krieges von Russland gegen die Ukraine ergibt daher ein Gesamtbild, das durchaus einen fruchtbarer Boden für eine aggressive russische Politik darstellen könnte. Offen bleibt, ob dies im Angesicht eines offenen und verlustreichen Krieges stabil bleibt.

Die Verbindungen zwischen Russland und dem Westen werden als rückgängig eingeschätzt. Dies betrifft sowohl die kulturelle Zugehörigkeit Russlands zum Westen als auch die sozioökonomische Verflechtung.

Die Bedrohungswahrnehmungen bleibt dabei hoch und konzentriert sich auf die USA und die NATO. Der geopolitische Konflikt findet in der Wahrnehmung der Russinnen und Russen durchaus (auch) in der Ukraine statt. Dazu kommt der Wunsch nach einem höheren internationalen Status, der von den Befragten als eine politische Priorität eingeschätzt wird.

Addiert man zu diesen innerrussischen Einstellungen noch internationale Trends vor dem Jahr 2022 hinzu wie die Zerstrittenheit Europas, die Wendung der USA in Richtung Pazifik und die zunehmende Westorientierung der Ukraine, dann wird verständlich, welches gesellschaftliche Stimmungsbild der Hintergrund für die folgenreichen Entscheidungen im Kreml im Vorfeld des Krieges gewesen sein könnte.

Fazit

Die Ergebnisse des Sicherheitsradars zeigen, dass die Entfremdung Russlands vom Westen ein stetiger und langfristiger Prozess ist. Die Entscheidung jedoch, völkerrechtswidrig militärische Gewalt einzusetzen, um der Ukraine die Neutralität aufzuzwingen, wurde von einem kleinen Kreis oder womöglich gar von Wladimir Putin allein getroffen. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich in der russischen Gesellschaft die Einstellungen zur Rolle Russlands im internationalen Staatensystems und die eigenen Ambitionen in Bezug auf diese Rolle verhärtet haben. Das gilt vor allem für die Ausgestaltung der Außenpolitik im sogenannten »nahen Ausland«, das eine besondere Bedeutung für die Identitätskonstruktion besitzt. Dies wird auch aus den Reden Putins sehr deutlich. Darin rechtfertigt er seine Entscheidungen, indem er ihnen im Nachhinein in Erklärungen dem Volk gegenüber einen Sinn zuspricht. In Putins Rechtfertigung spielten neben vermeintlichen geopolitischen Handlungszwängen (Verhinderung des ukrainischen NATO-Beitritts) auch identitäre Aspekte wie der Schutz des russischen Kernlands vor dem Westen und die sogenannte »Entnazifizierung« der Ukraine eine wichtige Rolle.

Die Daten des Sicherheitsradars 2022 zeigen keinen kausalen Pfad von den Einstellungen der Bevölkerung zur fatalen Entscheidung im Kreml auf. Die Daten verdeutlichen aber, wie sich empfundene Ungerechtigkeiten, eine diametral entgegengesetzte Beurteilung von prägenden Ereignissen der internationalen Politik und die jahrelang fortschreitenden kulturellen und sozioökonomischen Entflechtungen Russlands vom kollektiven Westen (verstanden als NATO und EU) aufgestaut haben.

Der Sicherheitsradar 2022 kommt zu drei Politikempfehlungen für Befürworter:innen einer stabilen Sicherheitsordnung in Europa: Pragmatismus als politische Leitlinie, Weiterentwicklung multilateraler Institutionen und die Stärkung der EU als außenpolitischer Akteur. Alle drei Handlungsempfehlungen scheinen derzeit schwer umzusetzen, haben aber trotz Krieg nicht an Bedeutung verloren. Als Handlungsprinzipien nach dem Ende der bewaffneten Kämpfe sollten sie weiterhin im Sinne eines Radars der Orientierung im Bereich europäischer Sicherheit dienen. Eine konzeptionelle Herausforderung für die EU und Deutschland wird der Umgang mit dem System Putin oder dem werden, was eventuell an dessen Stelle tritt. Hier ist einerseits Pragmatismus gefordert, um Handlungsspielräume zu nutzen, die sich möglicherweise bieten könnten. Außerdem sind die Bewahrung und auch die Reaktivierung multilateraler Institutionen zum richtigen Zeitpunkt nötig. In der Zwischenzeit gilt es, den Fokus auf die Stärkung und Weltpolitikfähigkeit der EU zu lenken.

Eine Zusammenarbeit oder gar Aussöhnung mit Russland erscheint derzeit auf absehbare Zeit unvorstellbar. Der zukünftige Wiederaufbau europäischer Sicherheit sollte aber im Sinne des »pragmatischen Realismus« (Heiko Maas) durchgeführt werden. Dies bedeutet auch kleine Schritte der Stabilisierung und Friedenssicherung nach dem Ende des Krieges zu gehen. Hierzu gehört die Reaktivierung der Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen vor allem zwischen den Militärs beider Seiten, um Eskalationsdynamiken frühzeitig zu vermeiden. Zudem muss das Sanktionsregime regelmäßig darauf überprüft werden, ob es weiterhin zweckdienlich ist, Druck auf das Regime in Russland auszuüben. Denn wenn der Westen nun ständig von »Putins Krieg« spricht, sollte damit auch gemeint sein, dass es vermieden werden sollte, durch die Sanktionen auf Dauer die Entfremdung der russischen Gesellschaft vom Westen noch zu verstärken.

Über die Autoren

Christos Katsioulis leitet das Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien. Zuvor leitete er die Büros der FES in London, Athen und Brüssel.

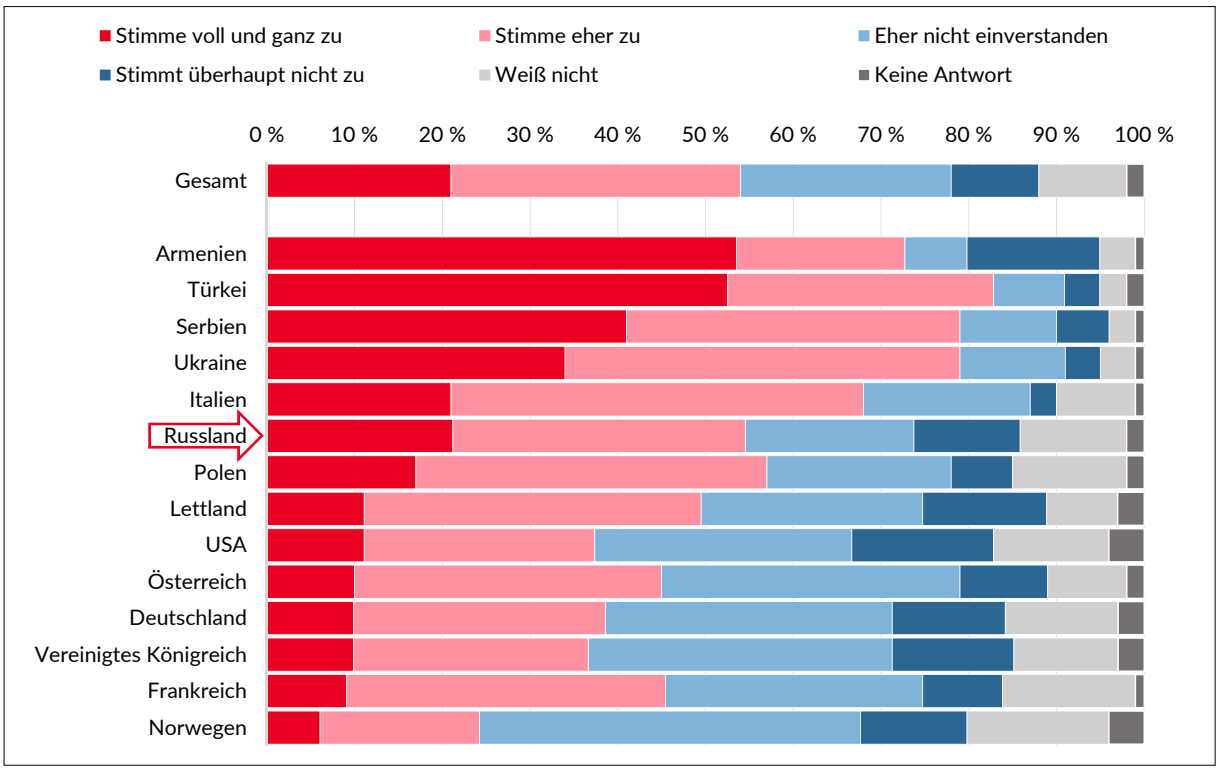
Simon Weiß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien.

Lesetipps

- Katsioulis, Christos; Dienes, Alexandra; Weiß, Simon; Krumm, Reinhard; Starystach, Sebastian: Security Radar 2022: Navigating the disarray of European Security. Wien: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022; http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/18980-20220310.pdf

- Krumm, Reinhard; Dienes, Alexandra; Weiß, Simon; Schröder, Hans-Henning; Starystach, Sebastian; Bär, Stefan: Security Radar: Wake-Up Call for Europe! Wien: Friedrich-Ebert-Stiftung 2019; http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf
- Zorkaja, Natalija: »Da pfeif' ich drauf«. Russlands öffentliche Meinung zu den Sanktionen. Osteuropa, 71 Jg., 10-12/2021, S. 253–262

Grafik 1: Haltung zu der Aussage »Meiner Meinung nach hat mein Land nicht den Status in der Welt, den es im Vergleich zu anderen Ländern verdient« in 14 OSZE-Ländern



	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Eher nicht einverstanden	Stimmt überhaupt nicht zu	Weiß nicht	Keine Antwort
Gesamt	***21 %***	***33 %***	***24 %***	***10 %***	***10 %***	***2 %***
Armenien	53 %	19 %	7 %	15 %	4 %	1 %
Türkei	52 %	30 %	8 %	4 %	3 %	2 %
Serbien	41 %	38 %	11 %	6 %	3 %	1 %
Ukraine	34 %	45 %	12 %	4 %	4 %	1 %
Italien	21 %	47 %	19 %	3 %	9 %	1 %
Russland	21 %	33 %	19 %	12 %	12 %	2 %
Polen	17 %	40 %	21 %	7 %	13 %	2 %
Lettland	11 %	38 %	25 %	14 %	8 %	3 %
USA	11 %	26 %	29 %	16 %	13 %	4 %
Österreich	10 %	35 %	34 %	10 %	9 %	2 %
Deutschland	10 %	29 %	33 %	13 %	13 %	3 %
Vereinigtes Königreich	10 %	27 %	35 %	14 %	12 %	3 %
Frankreich	9 %	36 %	29 %	9 %	15 %	1 %
Norwegen	6 %	18 %	43 %	12 %	16 %	4 %

Quelle: Katsioulis, Christos; Dienes, Alexandra; Weiß, Simon; Krumm, Reinhard; Starystach, Sebastian: Security Radar 2022: Navigating the disarray of European Security. Wien: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022; http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/18980-20220310.pdf

ANALYSE

Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik

Ruth Deyermond (King's College London)

DOI: 10.31205/RA.417.02

Zusammenfassung

Diese Analyse befasst sich mit der Rolle und der Zukunft der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Die Organisation ist zwar als Instrument zur Beeinflussung der Sicherheitslage im postsowjetischen Raum nützlich für Russland. Deswegen hat Russland ihre Rolle und Aktivität ausgeweitet, doch bleibt ihre Bedeutung begrenzt. Trotz des unerwarteten Eingreifens der OVKS in Kasachstan im Januar 2022 deuten andere Ereignisse darauf hin, dass sich dies wohl kaum ändern wird.

Im Januar 2022 führten Massendemonstrationen gegen die Regierung in Kasachstan zur Entsendung von russischen Truppen unter Federführung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Das war die erste bedeutende Friedensmission in den 20 Jahren, die die OVKS besteht. Sie sorgte bei Beobachter:innen für erhebliche Aufmerksamkeit; viele hatten die Organisation seit langem als irrelevant abgetan.

Diese Analyse analysiert die Entwicklung der OVKS und ihre Bedeutung für Russlands Außen- und Sicherheitspolitik im postsowjetischen Raum. Es wird untersucht, was uns die jüngsten Ereignisse in Kasachstan und Bergkarabach wie auch das Verhältnis zu Belarus (so wie es sich entwickelt) über den Wert und die Aussagen der Organisation verraten. Schließlich werden die Auswirkungen betrachtet, die Russlands Krieg gegen die Ukraine auf die Geschlossenheit der OVKS und ihre zukünftige Lebensfähigkeit hat.

In der Gründung der OVKS im Jahr 2002 spiegelten sich sowohl Russlands Ambitionen für eine militärische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als auch das Scheitern solcher Ambitionen in den 1990er Jahren wider. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR hatte für die russische Regierung die Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen Russland und dem sogenannten nahen Ausland Vorrang. Die erste regionale postsowjetische Institution, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), wurde von der russischen Regierung als Mechanismus betrachtet, um in Schlüsselbereichen einen möglichst hohen Grad an Verflechtung aufrechtzuerhalten, insbesondere bei militärischen Fragen sowie in einem möglichst großen Teil des postsowjetischen Raumes. Die GUS wurde von der russischen Regierung wie auch von den anderen postsowjetischen Staat als ein Instrument verstanden, mit dem der Einfluss oder gar eine Dominanz Russlands in der Region fortgeführt werden sollte.

Daher zogen es einige postsowjetische Staaten vor, mit der GUS nur deshalb zu interagieren, um damit eine friedliche Trennung ihrer wirtschaftlichen, militärischen und anderer Aktivitäten von Russland voranzubringen.

Zum Teil war das der Grund, warum sich die GUS nicht zu einer koordinierenden Organisation für den postsowjetischen Raum entwickelte. Gegen Ende der 1990er Jahre wurde sie als eine Organisation betrachtet, die nur auf dem Papier bestand, und die anstelle bedeutsamer Aktivität lediglich die Ausweitung nicht funktionierender Unterstrukturen vorantrieb. Im Sicherheitsbereich bestand das einzige bedeutsame Vorgehen, das unter den Bestimmungen des Vertrags über kollektive Sicherheit (VKS; https://docs.cntd.ru/document/1900489) der GUS erfolgte, in einer multilateralen Friedensmission in Tadschikistan (https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/past/unmot/UnmotB.htm).

Die OVKS wurde anscheinend so ausgestaltet, dass die Fehler der GUS korrigiert würden. Sie wurde aus dem VKS heraus entwickelt und sollte die Sicherheitsbeziehungen zwischen den Mitgliedern vertiefen und ausbauen. Das war zu einem beträchtlichen Teil eine Antwort auf die doppelte Herausforderung durch die Situation in Afghanistan und die Präsenz der USA und anderer NATO-Truppen in der Region während des »Globalen Kriegs gegen den Terror« (https://www.georgewbushlibrary.gov/research/topic-guides/global-war-terror). Dieser zweite Faktor gewann Ende der 2000er Jahre an Bedeutung, als nach den farbigen Revolutionen in Georgien, der Ukraine und in Kirgisistan die Besorgnis über eine von den Vereinigten Staaten betriebenen Gefährdung der Stabilität der autoritären Regime in der Region zunahm.

Die Mitglieder der OVKS sind gegenwärtig die gleichen wie bei der Gründung: Russland, Belarus, Armenien und die drei zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Ein vierter zentralasiatischer Staat, Usbekistan, hatte sich zwar 2006 ange-

schlossen, zog sich aber 2012 wieder zurück, nachdem Befürchtungen zugenommen hatten, dass die Organisation als Kontrollinstrument Russlands dienen könnte.

Ungeachtet dieses Verlustes konzentriert sich die OVKS vorwiegend auf Zentralasien als wichtigstes Operationsgebiet. Eine Reihe von Funktionen sind als Antwort auf die besonderen Herausforderungen für die Sicherheit in der Region entwickelt worden, die sich für die Mitgliedsstaaten der OVKS ergeben.

Während die Mitgliedschaft der OVKS im Großen und Ganzen stagnierte, sind die Organisationsstrukturen seit der Gründung beträchtlich ausgebaut worden. Neben der Ausweitung von bürokratischen Strukturen, die an die GUS erinnern, hat die Organisation auch Truppen für Friedensmissionen und schnelle Einsatzkräfte geschaffen. Es wurde auch ein gemeinsames Luftverteidigungssystem angekündigt, dessen Einrichtung allerdings nach mehr als einem Jahrzehnt immer noch aussteht.

Das weist darauf hin, dass die OVKS größtenteils den Mustern anderer postsowjetischer Regionalorganisationen folgen könnte (GUS, Eurasische Wirtschaftsunion – EAWU sowie der Unionsstaat von Russland und Belarus), bei denen die Schaffung von subsidiären Organisationen und die Ankündigung von Schritten für eine Zusammenarbeit in der Praxis nicht mit den Entwicklungen in der realen Welt zu vereinbaren sind. Daher wurde die OVKS von den meisten westlichen Experten fast schon für eine Papierorganisation gehalten, und somit nicht als ein wichtiges Element der russischen Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet. Gleichwohl ist die OVKS aus einer Reihe von Gründen von Bedeutung.

Zum einen funktioniert die OVKS – wie andere regionale Organisationen wie die GUS oder die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) – als Instrument für eine russische Hegemonie in der Region. Die OVKS fördert und legitimiert die Projektion der militärischen Fähigkeiten Russlands. Sie stärkt auch die Verbindungen zwischen den Streitkräften Russlands und denen der anderen Mitgliedstaaten durch bestimmte Maßnahmen, unter anderem durch russische Ausbildungsprogramme für Offiziere und vergünstigte Waffenverkäufe.

Die OVKS ist allerdings nicht nur für das praktische Vorgehen im Rahmen der russischen Sicherheitspolitik bedeutsam, sondern auch für die nationale Identität, wie sie von Wladimir Putin und der politischen Elite in seiner Umgebung verstanden wird. Für diese ist die Vorstellung von Russland als einer Großmacht von zentraler Bedeutung für dessen Identität. Die Fähigkeit Russlands, den postsowjetischen Raum zu dominieren, gilt dabei als eine wichtige (wenn nicht gar die wichtigste) Säule für diesen Großmachtstatus. Von allen Einflussmechanismen in der Region, die seit dem Zusammenbruch der UdSSR entwickelt wurden, sind die militärischen Beziehungen zu seinen Nachbarn wohl am stärksten ausgeprägt und am effektivsten. Für Russland ist die OVKS wegen ihrer symbolischen Bedeutung als von Russland dominierter regionaler Militärorganisation also auf einer Weise bedeutend, die über ihre praktischen Funktionen hinausgeht.

Eine zweite politische Funktion, die die OVKS in diesem Zusammenhang für Russland erfüllt, besteht darin, zu verhindern, dass andere Mächte ihr sicherheitspolitisches Engagement in Richtung Zentralasien ausweiten. Ganz wie die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), hat die OVKS – zumindest in der Theorie – als Gegengewicht zu den entsprechenden westlichen Institutionen funktioniert. Die Spiegelung des Namens der NATO und die Nachahmung von Strukturen wie der Parlamentarischen Versammlung und den Schnellen Einsatzkräften scheint erfolgt zu sein, um die NATO aus der Region herauszuhalten und der Allianz im Bereich der OVKS keinen Raum zu gewähren. Viele dieser Strukturen sind Ende der 2000er Jahre geschaffen worden, als die Sorge vor den auf Zentralasien gerichteten Absichten der USA ihren Höhepunkt erreichte. Zumindest einige dieser Schritte sind eher als Reaktion auf diese Befürchtungen zu sehen, dann als Folge operativer Notwendigkeiten.

Die OVKS scheint auch – zumindest in der Anfangsphase – für Russland den wichtigen Zweck gehabt zu haben, als Barriere für eine potenzielle Ausweitung des sicherheitspolitischen Einflusses Chinas in Zentralasien zu dienen.

Russland scheint zwar gewillt zu sein (weil es dies nicht verhindern kann), das weitreichende wirtschaftliche Engagement Chinas in der Region zu akzeptieren, doch sind einige Experten der Ansicht, dass die Sorge vor einem zukünftigen Interesse Chinas an einer Weiterentwicklung der militärischen Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten einer der Gründe ist, warum Russland versucht, letztere in eine gemeinsame Struktur einzubinden. Diese Funktion der OVKS scheint aber mit der Zeit in den Hintergrund gerückt zu sein, da die russische Partnerschaft mit China gestärkt wurde. So hatten etwa an den umfangreichen »Zentr«-Manövern 2019 auch chinesische Truppen teilgenommen. Es markierte eine deutliche Abkehr von der früheren Haltung Moskaus gegenüber jedweder Form eines militärischen Engagements Chinas in der Region.

Es wäre jedoch verfehlt, die OVKS lediglich als Verlängerung der militärischen Stärke Russlands im postsowjetischen Raum aufzufassen. Die OVKS hat sich in den Jahren seit ihrer Gründung auf eine Weise entwickelt, dass ihre Rolle über die einer kollektiven Sicherheitsorganisation hinausgewachsen ist, die konventionelle Bedrohungen durch Konkurrenten mit vergleichbaren Kapazitäten abwenden soll. Seit Ende der

2000er Jahre scheint sich die Organisation darauf konzentriert zu haben, ihre Strukturen und die Ausbildung mit Blick auf die Terrorismusbekämpfung, den Katastrophenschutz und den Drogenhandel weiterzuentwickeln. Hierin spiegeln sich die Sicherheitsbedürfnisse insbesondere der zentralasiatischen Mitgliedstaaten wider, da diese den destabilisierenden Folgen der Situation in Afghanistan ausgesetzt sind. Wichtige Dokumente der OVKS konzentrieren sich auf die Gefahren einer Manipulierung der öffentlichen Meinung und das Anlegen doppelter Standards sowie auf eine drohende Destabilisierung der Regierung durch Staaten außerhalb der Region. Darin spiegelt sich die Furcht nicht nur Russlands, sondern auch anderer autoritärer Mitgliedstaaten wie Belarus oder Kasachstan vor einer westlichen Einmischung wider.

Es wäre auch nicht richtig, die OVKS auf Organigramme und gelegentliche Ministertreffen zu reduzieren. Die Entwicklung der OVKS ist auch dadurch geprägt gewesen, dass die Frequenz und mitunter auch der Umfang der Militärmanöver zugenommen haben. Die Zahl der Manöver ist seit den nur jährlichen Manövern Anfang der 2000er Jahre beträchtlich gestiegen. So hielt die OVKS Ende 2021 innerhalb von sechs Wochen ein Grenzschutzmanöver in Kirgisistan und eine Übung zur Terrorismusbekämpfung in Tadschikistan ab.

Die Aktivität der OVKS nahm zwar zu, und es wurden nicht nur die Prioritäten Russlands, sondern auch die der anderen Mitgliedstaaten berücksichtigt. Doch bleibt die Funktion der OVKS als echte kollektive Sicherheitsorganisation höchst zweifelhaft. Ein offensichtlicher Grund hierfür ist darin zu sehen, dass Russlands militärische Fähigkeiten einen ganz überwältigenden Teil des Gesamtpotenzials der OVKS darstellen (selbst verglichen mit dem Verhältnis des US-Potenzials zur Gesamtstärke der NATO). Russland gewährt für die anderen Mitgliedstaaten nur deshalb Sicherheit, weil dies einen institutionellen Kanal eröffnet, über den Moskau agieren kann. Allerdings hängt dieses Agieren wiederum von dem Willen und der Fähigkeit Russlands ab.

Die Tatsache, dass es die OVKS nicht vermocht hat, auf ernste sicherheitspolitische Herausforderungen zu reagieren vor denen Mitgliedstaaten standen, hat für zunehmende Skepsis nicht nur in Bezug auf das effektive Funktionieren der Organisation selbst gesorgt, sondern auch hinsichtlich einer begrenzten Bereitschaft Moskaus, für die Sicherheit der schwächeren Partner zu sorgen. Diese Frage wurde erstmals 2010 zu einem wichtigen Thema, als die provisorische Regierung von Kirgisistan nach den ethnisch motivierten Gewaltausbrüchen in Osch um Unterstützung bat und die OVKS ein Eingreifen ablehnte. Die Organisation kam in der Folge überein, den Spielraum zum Eingreifen in Mitgliedsländern zu erweitern, wenn dies von einem Staat erbeten wird. Für viele Beobachter:innen war dies jedoch kaum mehr als Schachzug, um rückwirkend das Gesicht zu wahren.

2020 blieb die OVKS erneut untätig, als die armenische Regierung die OVKS wegen des wieder aufgeflammten Krieges in Bergkarabach um Unterstützung bat. Die OVKS bot keine Unterstützung und begründete das damit, dass die Region rechtlich nicht Teil des armenischen Territoriums sei. Deshalb würden die Eingriffsmöglichkeiten, auf die man sich nach den Ereignissen in Osch geeinigt hatte, nicht auf Bergkarabach anwendbar sein und erst dann greifen, wenn sich der Konflikt auf das armenische Kernland ausweiten sollte. Es wurde berichtet, dass die russische Regierung die Regierung von Armenien gebeten habe, von einer formalen Bitte um Unterstützung nach Artikel 4 des OVKS-Vertrags abzusehen (dieser entspricht dem Artikel 5 des NATO-Vertrags). Die Wahrnehmung, dass Russland aktiv eingegriffen hat, um einen Einsatz des Prinzips der kollektiven Sicherheit der Organisation zu verhindern, warf weitere Fragen in Bezug auf den Zweck und die Lebensfähigkeit der OVKS auf. Diese Fragen wurden im folgenden Jahr deutlicher, als die OVKS keinerlei Anstalten machte, in dem gewaltsamen Grenzstreit zu vermitteln, der zwischen Tadschikistan und Kirgisistan ausgebrochen war; beide Länder sind OVKS-Mitglieder.

Als der 20. Jahrestag der OVKS näher rückte, schien die Organisation vollkommen damit gescheitert zu sein, ihre zu erwartende Kernfunktion der kollektiven Sicherheit in die Realität umzusetzen. Im Januar 2022 jedoch reagierte die Organisation zur Überraschung vieler Beobachter:innen auf eine Anfrage des kasachstanischen Präsidenten, der Unterstützung bei der Unterdrückung eines umfangreichen Aufruhrs angefordert hatte. Die OVKS entsandte ihre erste Friedensmission. Der Aufruhr war ursprünglich als Reaktion auf steigende Treibstoffpreise ausgebrochen und hatte sich dann zu regierungskritischen Protesten ausgeweitet, die das politische Überleben von Präsident Tokajew in Frage stellten. Die Truppen, die zur Unterdrückung des Aufruhrs entsandt wurden, bestanden vorwiegend aus Russ:innen, umfassten aber Berichten zufolge auch Kräfte aus sämtlichen anderen Mitgliedstaaten. Es war eine markante Demonstration von Multilateralismus.

Bemerkenswerterweise stellte die OVKS ihre Einmischung als Reaktion auf eine von außen initiierte terroristische Bedrohung der kasachstanischen Souveränität dar, ungeachtet des offensichtlich innenpolitischen Charakters der Proteste. Diese Charakterisierung verlieh der Intervention eine Legitimität, die sie sonst nicht durch die OVKS-Charta erhalten hätte. Im Gegensatz zu dem früheren Ausbleiben eines Einschreitens bei Fällen mit undurchsichtigen regionalen Komplexitäten schien nun ein kurzes Eingreifen zur Unterdrückung innenpolitischen Unmuts akzeptabel. Nämlich für eine Organi-

sation, in deren Mitgliedstaaten nahezu ausschließlich autoritäre Regime herrschen.

Während das Eingreifen in Kasachstan nahelegte, dass die OVKS letztlich doch einen Zweck hat, zeigten andere Aspekte des postsowjetischen Sicherheitsraums die begrenzte Bedeutung der Organisation auf. Als sich die Proteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen in Belarus 2020 zu einer großen Protestbewegung entwickelten, wandte sich der amtierende Präsident Aljaksandr Lukaschenka bilateral an Russland mit der Bitte um militärische Unterstützung, um Versuche zu unterbinden, ihn zu stürzen. Seitdem hat sich die Sicherheitszusammenarbeit auf das Bilaterale konzentriert, das im Rahmen des Unionsstaat erfolgt. Man einigte sich auf ein Dokument und umfangreiche russisch-belarusische Manöver, die Ende 2021 stattfanden. Lukaschenka versicherte im Kontext der Manöver, dass Russland und Belarus »praktisch eine gemeinsame Armee haben, wobei das belarusische Militär das Rückgrat Richtung Westen bildet«. Allerdings wirft die vermeldete Zurückhaltung Putins hinsichtlich einer direkten Beteiligung der belarusischen Streitkräfte am Krieg in der Ukraine die Frage auf, ob Lukaschenkas Behauptung voll zutrifft. Jedenfalls ist klar, dass unabhängig von der Frage, wie weit die russischen und belarusischen Streitkräfte derzeit integriert sein mögen, diese Integration bilateral erfolgt, und zwar ohne nennenswerten Bezug auf die OVKS.

Die Reaktion 2020 in Belarus und die Konzentration auf die Integration im Unionsstaat scheinen darauf hinzuweisen, dass Russlands Engagement im Sicherheitsbereich trotz der Entwicklungen hinsichtlich des Umfangs und der Tätigkeit der OVKS weiterhin zuvorderst bilateral ist. Wie auch immer die OVKS als Legitimierungsinstrument für Russlands militärische Dominanz im postsowjetischen Raum eingesetzt wird, wo die wichtigsten regionalen Interessen Moskaus auf dem Spiel stehen, so scheint es doch, als ob der Kreml weiterhin einen direkteren Ansatz bevorzugt.

Die Grenzen der Kooperation in der OVKS sind durch Russlands Krieg gegen die Ukraine 2022 auf vielfache Weise erneut deutlich geworden. Es hat keinen sichtbaren Versuch gegeben, die Organisation in irgendein militärisches Potenzial einzubinden, obwohl die angebliche Gefahr für die Krim – die annektierte Halbinsel, von der Moskau behauptet, sie sei russisches Territorium – theoretisch als Grundlage für einen multilateralen Ansatz hätte dienen können. Die fehlende diplomatische Unterstützung anderer Mitgliedstaaten für den Krieg ist bemerkenswert gewesen. Bei der Abstimmung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, bei der ein Ende der Invasion gefordert wurde, haben sich bis auf Belarus sämtliche Mitgliedstaaten der OVKS der Stimme enthalten.

Das war ein Mangel an Solidarität, der wohl die Furcht vor den breiteren Implikationen widerspiegelt, die eine russische Aggression für die Region haben könnte. Markanterweise hat die Regierung von Kasachstan eine neutrale Position eingenommen, wobei zu Zurückhaltung und diplomatischen Anstrengungen von beiden Seiten aufgerufen wurde, obwohl sich Kasachstan noch im Monat vor dem Krieg auf von Russland geführte Truppen gestützt hatte.

Die OVKS weist schließlich nach wie vor die Mängel und Einschränkungen auf, die seit dem Ende der UdSSR für regionale Organisationen unter Moskauer Führung typisch sind. Die jüngsten Ereignisse zeigen wohl auch, dass die Mitgliedstaaten die OVKS zwar als nützlichen Mechanismus zur Stärkung der Kontrolle im Innern betrachten mögen, dass aber die komplexe Situation in der Region und das Problem der russischen Dominanz wohl die zukünftige Entwicklung der OVKS einschränken werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. *Ruth Deyermond* ist Senior Lecturer (Associate Professor) für postsowjetische Sicherheitsfragen am Department of War Studies des King's College in London. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die russische Außen- und Sicherheitspolitik im postsowjetischen Raum und die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, und hier v. a. das Verhältnis zu den USA.

Lesetipps

- De Haas, Marcel: War Games of the Shanghai Cooperation Organisation and the Collective Security Treaty Organisation: Drills on the Move!'. in: The Journal of Slavic Military Studies, 29.2016, Nr.3, S. 378–406.
- Deyermond, Ruth (2009) Matrioshka hegemony? Multi-levelled hegemonic competition and security in post-Soviet Central Asia, Review of International Studies 35 (1), 151–173.
- Deyermond, Ruth: The Collective Security Treaty Organisation, in: Andrei P. Tsygankov (Hg.): Routledge Handbook of Russian Foreign Policy. Abingdon: Routledge 2018.
- Kaczmarski, Marcin: Russia Attempts to Limit Chinese Influence by Promoting CSTO-SCO Cooperation. In: CAC Analyst, 17. Oktober 2007; https://www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/11497-analytical-articles-caci-analyst-2007-10-17-art-11497.html.

- Krivosheev, Kirill: Does the Collective Security Treaty Organization Have a Future? Carnegie Moscow Center, 8. Juli 2021; https://carnegiemoscow.org/commentary/84923.
- Kucera, Joshua: CSTO agrees to intervene in Kazakhstan unrest. In: Eurasianet, 5 Januar 2022.
- Matveeva, Anna: Russia's Changing Security Role in Central Asia. In: European Security, 22.2013, Nr. 4, S. 478–499.
- Weitz, Richard: The Collective Security Treaty Organization: Past Struggles and Future Prospects. In: Russian Analytical Digest, 2014, Nr. 152, S. 2–4; https://css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest/russian-analytical-digest-alle-ausgaben/details.html?id=/n/o/1/5/no_152_csto_and_sconr_152_csto_and_sco.

ANALYSE

Militärmanöver: Scheinschlachten oder Vorboten des Krieges?

Jon-Wyatt Matlack (Universität Regensburg)

DOI: 10.31205/RA.417.03

Zusammenfassung

Manöver bieten einen Blick darauf, wie Krieg in den Köpfen militärischer Akteure beginnt, abläuft und endet. Sie können somit ein Vorspiel zu konkreten Auseinandersetzungen darstellen. Im Hinblick auf die jüngste europäische Geschichte werden Schlussfolgerungen zur Deutung russischer Militärmanöver wie etwa die Sapad-Reihe gezogen, die in letzter Zeit stattfanden. Initiativen zur Vertrauensbildung durch das Wiener Dokument der OSZE wurden von Russland verhindert, da Manöver kaum vorab angekündigt wurden. Zudem scheinen Truppenübungen ein wesentlicher Bestandteil von Russlands militärischem Dispositiv zu sein, welches unter anderem auch auf das historische Erbe der Sowjetunion zurückzuführen ist.

Russland ist am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert. Aber bereits vor dieser Invasion gab es mehrere Militärmanöver der russischen Streitkräfte auf dem osteuropäischen Kriegsschauplatz. Seit dem 10. Februar haben die russischen und belarusischen Streitkräfte eine gemeinsame Übung ungewöhnlich nahe an der ukrainischen Grenze abgehalten. Angeblich probten die beiden alliierten Länder lediglich die Abwehr einer »externen Aggression« im Rahmen eines Verteidigungseinsatzes. Im Nachhinein ist diese angebliche Übung nun als ein Tarnmanöver für den kurz darauffolgenden Angriffskrieg gegen die Ukraine zu bewerten.

Um derartige Militärmanöver besser zu verstehen, müssen diese im Kontext der jüngsten europäischen Geschichte betrachtet werden. Denn schon im Kalten Krieg sprachen die Medien häufig von der angeblich »größten Truppenverlegung in der Geschichte«. Truppenstärken oder die territoriale Ausdehnung des Einsatzortes sind aber nicht immer von primärer Bedeutung. Ausschlaggebend ist die Art und Weise, wie die beteiligten Streitkräfte die Truppenübungen öffentlich begleiten.

Im Jahr 2017 hielt Russland das alle vier Jahre stattfindende Manöver Sapad 2017 (»Westen«) ab. Daran nahmen 100.000 Soldaten teil, die einen Angriff des fiktiven Landes »Wejschnorija« auf russisches und belarusisches Staatsgebiet abwehrten. Wejschnorija war von westlichen Mächten angestachelt worden, einen Regimewechsel in Russland zu forcieren, so das Narrativ des Manövers. Vier Jahre zuvor bei Sapad 2013 probten die Militärs den Einsatz gegen Terroristen. Tatsächlich wurde das Szenario eines vermeintlich faschistischen Angriffs auf Russland schon in den 1970er und 1980er Jahren im Rahmen diverser Sapad-Manöver durchgespielt (https://ecfr.eu/article/commentary_belarus_game_of_truancy_7232/). Die strategische Stoßrichtung der beteiligten Truppenverbände deutete allerdings darauf hin, dass Russland nicht nur den Verteidigungsfall übte. Mit dieser Art der Übung vermittelten Russland und Belarus ein Bild von einem Kriegsszenario, wie es damals noch der Vorstellung der relevanten Bedrohungslage entsprach.

Zwei Übungen, Peacekeeper 94 und Centrazbat 97, die in den 1990er Jahren von russischen und amerikanischen Truppen abgehalten wurden, gingen zum Beispiel von einem antiterroristischen Friedenseinsatz aus. Dieses Beispiel für eine Kooperation von Militärmächten, die sich im Kalten Krieg als Feinde gegenüberstan-

den, veranschaulicht, dass der Übungsaspekt im Zuge dieser Manöver nicht der alleinige Zweck ist. Bei derartigen Großmanövern streben Militärs immer auch an, politische Ziele zu erreichen und Einfluss auf die internationalen Beziehungen auszuüben. In der Rückschau ist der politische Optimismus jener Zeit, der sich auch auf den Verlauf der Manöver niederschlug, bemerkenswert. Trotz einer Stellungnahme der russischen Staatsduma, in der das russische Parlament ihre Ablehnung dieses gemeinsamen Manövers mit den USA zum Ausdruck brachte, wies der damalige General Witalij Sokolow als stellvertretender Chef der Gefechtsausbildung diese Kritik zurück. Weil er keine äußere Bedrohung für Russland wahrnahm, plädierte der General stattdessen für weitere Manöver, die dem Zweck der Friedenssicherung dienen sollten.

In seiner Rede am 24. Februar 2022 sprach Präsident Putin kurz vor dem Einmarsch davon, dass Russland von neofaschistischen Mächten in der Ukraine bedroht wäre. Die Lage wurde angeblich wegen der Aufrüstung der Ukraine durch die NATO intensiviert, so Putin. Somit nimmt er direkten Bezug auf die damalige rhetorische Darstellung des Sapad 2017 Manövers, als ein Marionettenregime des Westens Russland gefährdete. Im Frühjahr 2021 fanden Manöver an 520 Orten in Russland statt, bei denen unter anderem die rasche Verlegung von Truppen aus den östlichen Militärbezirken nach Westen geübt wurde (https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A39_moskau_truppenverstaerkung.pdf). Doch waren die Absichten dieser Truppenverlegung Russlands im Frühjahr 2021 noch nicht klar. Bei einem Treffen der OSZE im April 2021 erhoben Deutschland und Frankreich Einspruch gegen diese großangelegte Truppenbewegung an der ukrainischen Grenze und riefen Russland dazu auf, den Verpflichtungen des Wiener Dokuments nachzukommen (https://wien-osze.diplo.de/osze-de/aktuelles/-/2453274). Auch der ukrainische Präsident Selenskyj bezeichnete damals im April die bevorstehende Sapad-Übung 2021 als eine Bedrohung für die Sicherheit der Ukraine. Russland hätte damals ganz einfach seine defensive Haltung unter Beweis stellen können, wenn die militärischen Entscheidungsträger ihre Manöververhalten im Einklang mit vereinbarten Verträgen gebracht hätten.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Manöver natürlich nicht immer zwangsläufig auf eine bevorstehende Invasion hindeuten. Damals hielten die russischen Truppen auch noch einen ordentlichen Abstand von 150 km zur ukrainischen Grenze ein. Ein derartiges Verhalten bei Manövern signalisiert jedoch Russlands Entschlossenheit, jederzeit Gebrauch von militärischer Gewalt machen zu können, wie wir es eigentlich nur noch aus dem 20. Jahrhundert kennen. Darüber hinaus scheint eine zentrale Erkenntnis zu sein, dass Russland Manöver systematisch instrumentalisiert, um sich für baldige Kriegseinsätze vorzubereiten. Die Manövererfahrung aus Übungen wie Sapad 2013 konnten bei der Annexion der Krim ein Jahr später teilweise in die Praxis umgesetzt werden. Auch beim Manöver Zentr 2015 gab es eine Überprüfung der Kampfbereitschaft auf ungewöhnlichem Terrain für die beteiligten Verbände. So wappneten sich die Truppen für den Einsatz in Syrien, obwohl dieser informelle Aspekt der Übung nie als solcher deklariert wurde (https://russlandverstehen.eu/fuecks-becker-faktencheck-einkreisung-russland-nato/). Daraus lässt sich ableiten, wie unverzichtbar Manöver zur Vorbereitung von möglichen militärischen Auseinandersetzungen für die russischen Verteidigungsinteressen sind.

Manöver vermessen

Militärmanöver sind aus konstruktivistischer Sicht Ereignisse, die es den beteiligten Streitkräften ermöglichen, ein gewisses Selbstverständnis zu entwickeln und gleichzeitig ihr Gegenüber klarer zu definieren. Diese Sichtweise sollte nicht als eine rein akademische Interpretation ernst gemeinter militärischer Operationen verstanden werden. Der Wert dieser Übungen für die militärische Ausbildung kann nicht einfach zu Gunsten einer rein performativen Perspektive außer Acht gelassen werden. Ganz im Gegenteil: Die Konstruktion des eigenen Selbstverständnisses in Abgrenzung zu einem Anderen war sowohl für die beteiligten Soldaten als auch für die breitere Öffentlichkeit einer der wichtigsten Aspekte militärischer Übungen. Manöverpraktiken spiegeln die entsprechenden Sichtweisen eines Landes wider, wodurch in gewisser Hinsicht auch die eigene Identität zur Schau gestellt wird. Wie Sönke Neitzel bezüglich der Bundeswehr im Kalten Krieg schrieb, litt das Militär unter dem Zwang, im Rahmen der Militärmanöver »Jahr für Jahr Theater zu spielen«. »Um gegenüber den Verbündeten zumindest den Eindruck von halbwegs leistungsfähigen Verbänden zu erwecken«, wurde nichts weniger als die Glaubhaftigkeit der Bundeswehr aufs Spiel gesetzt. Insofern bezweckten Manöver der Bundeswehr politischen Mehrwert innerhalb des NATO-Bündnisses, um wahrgenommene Defizite auszugleichen.

Die Historikerin Beatrice Heuser formulierte ein überzeugendes Argument in Bezug auf Militärmanöver. Ihrer Ansicht nach gibt es seit dem Ende des Kalten Krieges eine sogenannte »exercise gap«, in Anlehnung an das »missile gap« (die wahrgenommene Überzahl sowjetischer Langstreckenraketen im Vergleich zum Westen) der 1960er-Jahre. Aufgrund der schwachen Leistung im Krieg in Georgien im Jahr 2008 war Russland seit 2009 bestrebt, im Zuge der Neuausrichtung der russischen Streitkräfte Manöver wieder ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Die NATO hielt hingegen Übungen in viel bescheidenerem Ausmaß ab. Bei der NATO-

Übung Defender Europe 21 waren nach Angaben der U.S. Army 28.000 Soldaten beteiligt, deutlich weniger als bei Sapad 2021. Einer Einschätzung der Bundesregierung zufolge waren 200.000 Soldaten an Sapad 2021 beteiligt. Dies könnte aus konstruktivistischer Sicht zur Fehlinterpretation verleiten, dass der Verteidigungswille der NATO-Mitglieder seit dem Ende des Kalten Krieges nachgelassen hat, etwa was die Abwehr von einer etwaigen Aggression gegen die drei baltischen Länder anbelangt. Heuser weist auch auf die möglichen Missverständnisse und deren ungewollte Folgen hin, die aufgrund der Intensität der Scheingefechte als »echte« militärische Bedrohung wahrgenommen werden könnten.

Für Russland sind Manöver eine bewährte Methode und nützliche Gelegenheit, die Bedrohung durch die NATO nicht nur rein rhetorisch, sondern auch in der Praxis aufzuzeigen. Eine Gefährdung Russlands durch die von Präsident Putin vehement abgelehnte Osterweiterung der NATO wird mit ständigen Manövern in Echtzeit demonstriert und bringt diese wahrgenommene Gefahr ganz praktisch zum Ausdruck. Damit soll erreicht werden, dass zumindest bei Übungen Russland als führende Militärmacht mit der NATO in der Wahrnehmung gleichgestellt wird, obwohl das reale Kräfteverhältnis konventioneller Kapazitäten (welches derzeit zugunsten der NATO ausfällt) durch diese Manöver verzerrt dargestellt wird. Der NATO stehen zum Beispiel 3.366.000 militärisches Personal im aktiven Dienst zur Verfügung, wohingegen Russlands Truppen sich auf lediglich 850.000 belaufen. (https://www.statista.com/statistics/1293174/nato-russia-military-comparison/). Insofern dienen Militärmanöver auch dazu, parallele Realitäten zu konstruieren.

Hintergrund Kalter Krieg

Die Vorgeschichte des Kalten Krieges ist für die Analyse heutiger Militärmanöver von großem Wert. Denn schon in der Vergangenheit waren zeitgenössische Beobachter bemüht, unterschiedliche Erklärungen für die Beweggründe in Betracht zu ziehen, die hinter solchen Militärmanövern steckten.

Kaum ein Zeitungsartikel über das Militär in Deutschland war so einflussreich wie der im Jahr 1962 erschienene Spiegel-Artikel »Bedingt abwehrbereit« (https://www.spiegel.de/politik/bedingt-abwehrbereit-a-e79111b5-0002-0001-0000-000025673830). Darin wurde beschrieben, wie die Bundeswehr bei einer Stabsübung ihre Verteidigungsunfähigkeit im Falle eines sowjetischen Angriffs unter Beweis gestellt hatte. »Bedingt abwehrbereit« wurde zum geflügelten Wort und ist häufig in Schlagzeilen zu finden, wenn die mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr zur Debatte steht. Damals schwang aber immer noch die Anspielung mit, dass ein Manöver einen Überraschungsangriff zur Folge gehabt haben könnte, weil damit die Schwäche der Verteidigungsinfrastruktur offenkundig geworden war.

Vor allem in den 1950er- und 60er-Jahren war die Gesamtstärke der NATO dem Warschauer Pakt in fast jeglicher Hinsicht unterlegen. Eine »bedingt abwehrbereite« Bundeswehr wäre mit ihrer damaligen Kampfkraft überhaupt nicht in der Lage gewesen, gegen die Sowjetunion in die Offensive zu gehen. NATO-Übungen wie die »REFORGER-Reihe« (Rückkehr von Streitkräften nach Deutschland, jährlich von 1969 bis 1993) haben sich maßgeblich auf die erfolgreiche Durchführung einer raschen Verschiffung von amerikanischen Soldaten aus Nordamerika nach Europa konzentriert. Diese multilaterale Herangehensweise sollte der breiten Öffentlichkeit die Solidarität des atlantischen Bündnisses vermitteln und gleichzeitig zeigen, »dass die Alliierten in enger Integration fechten können« (»Befehl für die Übung ›Schwarzer Löwe‹«, 05.07.1968, BArch-MA, BH 7-2/351). Was die Identitätsfrage anbelangt, war es im deutschen Kontext äußerst wichtig, den Eindruck zu vermitteln, dass die düstere Vergangenheit der Wehrmacht dank militärischer Zusammenarbeit innerhalb der NATO der Vergangenheit angehört. Deutsche Soldaten würden im Falle eines Krieges lediglich defensiv und »Seite an Seite mit den Partnern« kämpfen (»Grundlegende Vorbemerkungen des Kommandierenden Generals«, 05.07.1968, BArch-MA, BH 7-2/351).

Im Kalten Krieg wollte die Bundeswehr durch Manöver ein gepflegtes und souveränes Auftreten signalisieren. Die Entscheidungsträger in Bonn waren sich aber der katastrophalen Folgen bewusst, die eine gezielte Provokation durch die wieder aufgerüstete Bundeswehr hätte nach sich ziehen können. Aufgrund des Prager Frühlings im Sommer 1968 verlegte die Bundeswehr ein ursprünglich in Nordbayern geplantes Manöver namens Schwarzer Löwe in den Südwesten Deutschlands, um Missverständnisse zu vermeiden, etwa dass die NATO damit einen militärischen Vorstoß zur Befreiung Prags beabsichtigen könnte. Trotz dieser Vorsichtsmaßnahme zur Deeskalation wurde die Übung Schwarzer Löwe in einer noch nie dagewesenen Schärfe von der Presse in der DDR und der Sowjetunion attackiert. Walter Ulbricht instrumentalisierte derartige Manöver regelmäßig, um sie als Anzeichen drohender westlicher Aggression gegen den Warschauer Pakt zu brandmarken. Die Pläne der »NATO-Kriegstreiber« wurden öffentlich gerügt, um vor aller Welt »den Charakter dieses so christlich und friedlich gebärenden Staates zu entlarven« (Referat von E. Honecker, »Auswertung des NATO-Manövers ›Winterschild‹ in der BRD«, 20.02.1960, BArch B, DY 30/93319, S. 5). An den Manövern ließe sich der vermeintlich wahre Charakter und die Gesinnung des westlichen Lagers ableiten, so Ulbricht. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt noch schmerzhaften Erinnerungen

an den verbrecherischen Vernichtungskrieg der Nazis wurden in der DDR die Militärmanöver der Bundeswehr als vermeintliches Zeugnis des deutschen Revanchismus bewertet.

In der Realität erwies sich jedoch das genaue Gegenteil. Rhetorisch waren Manöver des Warschauer Paktes darauf ausgerichtet, vertrauensbildende Maßnahmen zur Vertiefung einer engen, sozialistischen Waffenbrüderschaft beizutragen. Während die NATO-Übung Schwarzer Löwe aufgrund politischer Ereignisse vorerst verschoben wurde, fand im Juli 1968 die Übung Šumava des Warschauer Pakts nahe an der nördlichen tschechoslowakischen Grenze statt, um zunächst die Regierung Dubčeks einzuschüchtern und die Umsetzung seines Liberalisierungsvorhabens zu verhindern. Nach mehr als zwanzig Jahren marschierte in die Tschechoslowakei keine Neuauflage der Wehrmacht der Bonner Republik ein, sondern die Nationale Volksarmee und die Rote Armee. Zuvor war die für die Intervention des Prager Frühlings notwendige Infrastruktur heimlich während des Manövers von Šumava von den Sowjets ausgebaut worden. Die Parallelen zur Vorbereitung auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine sind bemerkenswert.

Gefechtsübungen oder Kriegsvorbereitung?

Es wäre allerdings übermäßig deterministisch zu behaupten, die Manöver Russlands hätten von Anfang an die russischen Kriegsabsichten entlarvt. Nichtsdestotrotz zeigen Übungen wie die Serie von Sapad-Manövern Russlands Entschlossenheit, konventionelle Streitkräfte als Werkzeug der Politik einzusetzen. Seit 2009 investierte die russische Regierung 730 Milliarden US-Dollar in die Modernisierung der Streitkräfte. Die größere Schlagkraft und Leistungsfähigkeit des Militärs waren dann auch bei den Sapad-Übungen deutlich zu erkennen, woraus Russland wiederum sein gestiegenes Selbstbewusstsein in die eigenen Streitkräfte suggerierte.

Laut wissenschaftlichem Dienst des Deutschen Bundestags stellte das Sapad-Manöver im Jahr 2017 einen Aufbruch dar (https://www.bundestag.de/resource/blob/529936/f745b66845c9f7a7929b189aefe5fec1/WD-2-076-17-pdf-data.pdf). Im Nachhinein ist es sogar als ein Wendepunkt zu bezeichnen. Ursprünglich fanden in den Jahren 1973, 1977, 1981, 1984 und 1985 die Sapad-Übungen im Rahmen des Warschauer Paktes zur Stärkung des Bündnisses statt. Allerdings sind zwischen 1999 und 2009 keine Sapad-Manöver durchgeführt worden, vermutlich aufgrund fehlender politischer Notwendigkeit, die eigene Macht in Richtung Westen zu projizieren. Sapad 2013 ging noch von einem terroristischen Angriff aus, auch wenn die eingesetzte Truppenstärke schon weit über Kapazitäten hinausging, die für die Durchführung eines lokal begrenzten Einsatzes zur Bekämpfung von Terroristen notwendig gewesen wäre.

Das 1990 von Mitgliedsstaaten der OSZE verabschiedete Wiener Dokument (https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/-/203012) regelt unter anderem die Manöveraktivitäten der unterzeichnenden Parteien. Seit 1990 wurde das Dokument mehrfach (1992, 1994, 1999 und 2011) immer mit aktiver Teilnahme Russlands, überarbeitet. Sapad 2013 war gleichzeitig das erste und wohl letzte Großmanöver, das von Russland im Geiste dieses Wiener Dokuments dem NATO-Russland-Rat gemeldet wurde.

Mit der Rückkehr der NATO als primärer Antagonist der russischen Streitkräfte bei Sapad 2017 wurde die aufgeheizte politische Stimmung im Manöververlauf deutlich zum Ausdruck gebracht. Vertragsparteien des Wiener Dokuments sind verpflichtet, Manöver über 13.000 Soldaten ordnungsgemäß anzukündigen. Ein weiteres wichtiges Detail ist, dass innerhalb eines Kalenderjahres »kein Teilnehmerstaat gleichzeitig mehr als sechs der vorherigen Ankündigungen unterliegende militärische Aktivitäten durchführen« soll, »bei denen an jeder mehr als 13.000 Mann« beteiligt sind (VIII. Beschränkende Bestimmungen, 67.2). An Sapad 2017 nahmen allerdings mehr als 100.000 russische und belarusische Soldaten teil. Warum Russland oft von den Bestimmungen des Dokuments abwich, hatte also zwei Gründe. Erstens: Russland wollte Inspektionen des eigenen Militärs durch andere Vertragsparteien verhindern, welche bei einer Truppenstärke über 13.000 durchgeführt werden müssen. (https://www.pircenter.org/media/content/files/14/15754830230.pdf). Zweitens: Weil das Dokument keine Regelungen für spontane Übungen (sogenannte »snap exercises«) vorsah, wurden die neuesten Sapad-Manöver scheinbar ad hoc durchgeführt (https://brill.com/view/journals/shrs/30/1-4/article-p100_100.xml?language%3Den). Durch eklatante Missachtung dieser Bestimmungen wich Russland von der Ankündigungspflicht ab und unterwanderte damit Rechtsgültigkeit dieser Grundlagen insofern, als dass die russische Militärführung das Manöver in kleinere Übungen unter 13.000 Mann unterteilte. Die Weigerung Russlands, Manöver wie Sapad 2017, Sapad 2021 und die Übungen in Belarus im Februar 2022 anzukündigen, ist daher ein aussagekräftiger Beweis für den russischen Großmachtanspruch.

Fazit

Wenn Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, welche Rolle spielt dann die Generalprobe eines Krieges bei Militärmanövern? NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bekräftigte die Relevanz dieser Problematik in Bezug auf die unangekündigten Militärmanövern Russlands. Stoltenberg bezeichnete die bisherige Regelung der Ankündigung

von Militärmanövern als »veraltet«. In Zukunft könnte es dazu kommen, dass Manöver als genauso gefährlich wie Mittelstreckenraketen eingestuft werden. Ähnlich wie im Bereich der Rüstungskontrolle müssten sich hier die relevanten Akteure auf neue Regeln einigen. Der Aufmarsch von russischen Verbänden in Divisionsstärke im Februar 2022 im Rahmen einer angeblich gewöhnlichen Militärübung, auf die kurz darauf die russische Invasion der Ukraine folgte, unterstreicht die Wichtigkeit dieser Problematik deutlich.

In Bezug auf die nationale Identität lässt sich festhalten, dass Russland bei Manövern wie Sapad 2017 und 2021 auf der Weltbühne in einer Art und Weise auftrat, die die Vision Wladimir Putins von seinem Land untermauern sollten: Russland sollte in der Welt als eine bis an die Zähne bewaffnete Großmacht mit schlagkräftigen konventionellen Kapazitäten wahrgenommen werden, die bereit ist, sich gegen äußere Bedrohungen, so wie sie von Putin wahrgenommen werden, mit militärischer Gewalt vorzugehen. Russlands Invasion in die Ukraine gingen Artikel und Reden von Putin voran, aus denen seine geschichtsrevisionistische Begründung für den Einmarsch in die Ukraine offengelegt wurden. Diese fiktive Begründung Russlands steht allerdings in klarem Kontrast zu den sehr realen Folgen für die Ukraine.

Über den Autor:
Jon-Wyatt Matlack, M.A., ist Doktorand in Amerikanistik an der Universität Regensburg und promoviert im Rahmen des Leibniz WissenschaftsCampus »Europa und Amerika in der Modernen Welt«. Er ist zudem Mitglied der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der Universität Regensburg und schreibt seine Dissertation zum Thema »Maneuvering towards 'The West': U.S. Army-Bundeswehr Joint War Games as Conduit for Western Identity Formation«.

Lesetipps

- Matlack, Jon-Wyatt (2021): Operation Barbarossa 2021: Practices (Re)Rendering the Myth of the 'clean' Wehrmacht in Contemporary Grand Strategy Computer Gaming. In: Frictions (28.07.2021), DOI: 10.15457/frictions/0007.
- Neitzel, Sönke (2020): Deutsche Krieger: Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Propyläen, Kapitel IV, »Friedensarmee im Kalten Krieg«.
- Holas, Lukáš (2018): Prospects for Russia-NATO Relations, in: Communist and Post-Communist Studies 51:2, Special Issue: NATO, Russia, and Regional Security in Europe and Eurasia, S. 151–160.
- Zisk, Kimberley (1999): Contact Lenses: Explaining U.S.-Russian Military-to-Military Ties, in: Armed Forces & Society 25:4, S. 579–611.
- Shakirov, Oleg (2019): The Future of the Vienna Document: Prospects for the Further Development of Confidence- and Security-Building Measures in Europe, in: Security Index Occasional Paper Series 5:1, S 1–27.

KOMMENTAR

Der geplante Krieg

Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Im Rückblick zeigt sich, dass ein enger Führungskreis um den russischen Präsidenten Wladimir Putin den aktuellen Krieg in der Ukraine bereits seit Jahren systematisch vorbereitet hat. Es ist von außen nicht erkennbar, wann genau der Entschluss zum Angriff auf die Ukraine getroffen wurde. Aber spätestens 2014 begann Russland sich auf einen eskalierenden Konflikt mit dem Westen vorzubereiten und bereits in seiner ersten Amtszeit machte Putin deutlich, dass es ihm um die Wiederherstellung Russlands nationaler Größe geht und dass die Ukraine aus seiner Sicht zu Russland gehört. Damals war nicht erkennbar, dass Putin bereit sein würde, dafür auch einen Angriffskrieg zu beginnen und es gibt auch keine Belege für entsprechende Pläne. Eine neue Bestandsaufnahme dient deshalb nicht dazu, im Rückblick schlauer zu sein, sondern ermöglicht ein besseres Verständnis russischer Politik.

Reden

Experten, die sich mit Putins Reden und seiner dahinter erkennbaren politischen Position auseinandergesetzt haben, haben schon früh die Bedeutung betont, die

Putin der Stärkung des Staates und der nationalen Einheit beimisst. In diesem Sinne wurden Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und auch die Modernisierung des Landes von vorneherein nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Stärkung der Nation verstanden. Jakob Fruchtmann schrieb so bereits 2004: »Der Putinsche Diskurs polarisiert die politische Landschaft – auf der einen Seite stehen, so die Vorstellung, alle Patrioten, die für Russlands Rettung durch nationale Einheit sind. […] Auf der anderen Seite stehen Menschen, die verdächtig sind, ihre Partikularinteressen in der Zeit der Not nicht dem Gemeinwohl unterzuordnen.« Und in Putins Rede zur Lage der Nation im April 2005 findet sich bereits die vielzitierte Aussage: »Vor allem müssen wir zugeben, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war. Für das russische Volk ist sie zu einem echten Drama geworden.«

Zur selben Zeit begann die russische Regierung eine einheitliche Sicht auf die russische Geschichte zu etablieren, bis hin zur Gründung einer »Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Abwehr von Versuchen der Geschichtsfälschung zu Lasten russischer Interessen« im Jahr 2009. Alexei Miller konstatierte: »Geschichte und Gedenken [werden] als Arena für den politischen Kampf gegen innere und äußere Gegner gesehen. Daraus leitet sich ab, dass »Geschichte zu wichtig ist, um sie den Historikern zu überlassen«.«

Beim NATO-Gipfel 2008 erklärte Putin, dass die Ukraine »kein richtiges Land« sei. In der populären im Fernsehen übertragenen Fragerunde des Präsidenten mit Anrufern aus dem ganzen Land erläuterte er im April 2014 nach der Annexion der Krim, dass die Teile der Ukraine, die in Russland zunehmend als »Neu-Russland« bezeichnet werden und die in Putins Aufzählung fünf ukrainische Regionen bis hin zur ukrainischen Westgrenze umfassen, eigentlich nicht zur Ukraine, sondern zu Russland gehören.

Inhaltlich ist es kein allzu großer Schritt bis zu Putins Aufsatz »Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer« vom Juli 2021. Der renommierte Osteuropa-Historiker Andreas Kappeler stellte in seiner Besprechung des Aufsatzes fest: »Politisch gibt er einen Einblick in Putins Gedankenwelt, in der sich Sowjetpatriotismus, imperialer und russischer Ethnonationalismus sowie revisionistisches Denken vermischen. […] Der Aufsatz belegt, dass Russlands Staatsführung nicht akzeptiert hat, dass die Ukrainer eine eigene Nation mit einem unabhängigen Staat sind. Putins Drohungen sollten ernst genommen werden.«

Während sich im Rückblick eine klare Linie zeigen lässt, hat Putin aber auch oft andere Töne angeschlagen. Selbst in seiner sogenannten Wutrede bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007, in der er die NATO-Osterweiterung als unbegründete Provokation kritisierte, sagte er z. B. auch: »Ich bin überzeugt, dass der einzige Mechanismus zur Entscheidung über die Anwendung von Gewalt als letzte Maßnahme nur die UN-Charta sein darf« und er warb für Abrüstungsverhandlungen. Im Rückblick lässt sich diese Aussage so einordnen, dass es statt der UN-Charta um den UN-Sicherheitsrat ging, in dem Russland ein Veto hat und dass Abrüstungsverhandlungen natürlich auch Kriege möglich machen können. Eindeutig war dies nicht. Ebenso gab es in der russischen Politik auch keine permanente Debatte um die Ukraine, sondern nur Reaktionen in Krisenzeiten.

Hinzu kommt, dass der politischen Führung um Putin eine sehr professionelle Kommunikationspolitik attestiert wurde, die auf Umfrageergebnisse reagierte und flexibel mit Krisen umging. Dieser kurzfristige Pragmatismus ließ ideologische Extreme eher als Strategie zur Mobilisierung von Unterstützung und weniger als zentrale politische Mission erscheinen. Die nationalistische Propaganda im Kontext der Krim-Annexion 2014 wurde so von vielen Analysten, mich eingeschlossen, als Versuch interpretiert, die Popularitätsverluste nach dem Ende des Wirtschaftsbooms zu kompensieren. Henry Hale spricht so in einem Sammelbandbeitrag von einer »nationalistischen Wende« 2014. Die Annahme dahinter entspricht einer Kernidee der Politikwissenschaft: Zentrales Ziel politischer Herrscher ist die Machtsicherung, nicht die Realisierung einer Mission.

Politik

Ein Rückblick auf viele Bereiche russischer Politik seit dem Amtsantritt von Präsident Putin im Jahr 2000 zeigt, dass schon sehr früh Abhängigkeiten vom Westen abgebaut wurden.

In der Wirtschaftspolitik wurde innerhalb der ersten zwei Amtszeiten Putins die Auslandsverschuldung des russischen Staates von 45 % des BIP auf unter 2 % reduziert. Die Zentralbankreserven wurden in diesem Zeitraum von 28 Mrd. US-Dollar auf über 400 Mrd. erhöht und zusätzlich wurde ein Ölfonds geschaffen, der 2008 bereits über 200 Mrd. US-Dollar wert war. 2021 lag die russische Außenschuld bei unter 4 %, der Wert von Zentralbankreserven und Ölfonds zusammen bei über 800 Mrd. US-Dollar. Während die ursprüngliche Einschätzung von Ökonomen – und wohl auch von für diese Politik verantwortlichen russischen Finanzpolitikern – gewesen war, dass Russland im Ölboom der 2000er Jahre im Rahmen einer konservativen Fiskalpolitik Reserven für Wirtschaftskrisen anlegte und gleichzeitig hohe Inflation verhinderte, zeigte spätestens die Corona-Krise, dass diese Gelder auch bei einer extremen Wirtschaftskrise nur in geringem Umfang eingesetzt wurden, also wohl – zumindest zu diesem Zeitpunkt – für einen anderen Zweck reserviert waren.

Unter Putin wurde die russische Armee erheblich aufgerüstet. Die realen Rüstungsausgaben, wie sie das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) regelmäßig berechnet, haben sich von 2000 bis 2019 fast verdreifacht. Putin präsentierte regelmäßig persönlich neue Waffensysteme. Aufrüstung bedeutet natürlich nicht automatisch Kriegsvorbereitung, erst recht nicht für einen Angriffskrieg. Die Großmanöver, welche Russland in den letzten Jahren durchführte, waren hier schon konkreter, konnten aber auch einfach eine Drohkulisse sein, um eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen.

Gleichzeitig bemühte sich Russland von Importen unabhängiger zu werden. Im Bereich der Landwirtschaft erfolgte dies vor allem über die »Gegensanktionen«, die 2014 den Import vieler Agrarprodukte verboten. Interpretiert wurde dies als Politik der Importsubstitution, die die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produktion erhöhen sollte, was in großen Teilen auch gelang. Im Rückblick erscheint dies aber eher wie eine Politik der Autarkie, die das Land unempfindlich gegen plötzliche Sanktionen macht. Gunter Deuber beschrieb so die »Festung-Russland«-Strategie, die seit 2014 in Reaktion auf westliche Sanktionen verfolgt wurde.

Auch im Bereich der Finanzen, mit der Etablierung eines eigenen Zahlungssystems, und des Internets, mit Versuchen das Runet weitgehend zu isolieren, wurde offensichtlich eine Autarkie-Politik verfolgt. Diese wurde aber in der Regel mit Blick auf China interpretiert, welches in beiden Bereichen weiter fortgeschritten war und (so zumindest bis heute die verbreitete Interpretation) vor allem eine eigenständige technologische Entwicklung und Zensur im Innern sichern will.

Die in Russland stetig zunehmende staatliche Repression gegen politische Opposition und unabhängige Medien wurde, sicher nicht ganz zu Unrecht, als Mittel der Machtsicherung interpretiert. Die von Russland provozierte außenpolitische Eskalation im Jahr 2021 konnte im Zusammenhang mit der Verhaftung des prominentesten Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj, der Ausschaltung seiner Organisation und weiterer unabhängiger Stimmen durchaus als Versuch gesehen werden, im Inneren den patriotischen Konsens zu fördern und im Ausland von Repressionen abzulenken. Im Rückblick ging es aber wohl darum, möglicher Opposition gegen einen Krieg jegliche organisatorischen und moralischen Repräsentanten zu nehmen.

Angst oder Revisionismus?

Ein großer Teil der russischen Begründung für die eigene Außenpolitik bezieht sich auf die Bedrohung durch die NATO, konkret durch die NATO-Osterweiterung. Für das Gefühl der Bedrohung ist weder relevant, ob die NATO-Osterweiterung legitim war oder einen Vertrauensbruch darstellt, noch ob die NATO tatsächlich bedrohliche Absichten hat. Extrem formuliert: auch das Bedrohungsgefühl von Paranoikern ist echt und handlungsrelevant.

Ein Blick auf die aktuelle militärische Strategie Russlands in der Ukraine zeigt aber, dass das direkte militärische Nichteingreifen der NATO offensichtlich fest eingeplant ist. Es gibt keinen Versuch, die Grenze zur NATO oder die russische Flotte im Schwarzen Meer abzusichern.

Die bisherige Argumentation bedeutet natürlich nicht, dass die Eroberung der Ukraine bereits seit dem Amtsantritt Putins geplant wurde. Im Jahr 2013 zum Beispiel gab es in Russland die berechtigte Hoffnung, dass der Druck auf den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch den Beitritt des Landes zu den russischen Wirtschafts- und Militärbündnissen bewirken könnte. Nur die Massenproteste des Euro-Maidan verhinderten dies. Ebenso ist zu beachten, dass die konkrete Kriegsplanung offensichtlich im kleinsten Kreis erfolgte. Öffentliche Aufzeichnungen von Gesprächen des Nationalen Sicherheitsrates und der Regierung zeigen, dass viele Mitglieder dieser zentralen Entscheidungsgremien offensichtlich nicht voll informiert waren.

Deutlich ist aber, dass Putin von Beginn seiner Amtszeit den Zusammenbruch der Sowjetunion bedauerte und das Wiedererstarken Russlands als zentrales Ziel sah. Hinzu kommt ein Verständnis von Außenpolitik, dass sich auf Einflusszonen bezieht. Henning Schröder schrieb so bereits 2006 zur russischen Außenpoltik: »Dabei ist die erste Priorität die Konsolidierung der eigenen Stellung im »nahen Ausland«, d. h. Einflussnahme auf Entwicklungen in den GUS-Staaten – einschließlich Bereitschaft, mit Georgien oder Moldowa in eine Konfrontation einzutreten.« Wie weit dieses Verständnis von Außenpolitik, auch mit seiner spätestens seit 2014 expliziten nationalistischen Begründung, von der westlichen Perspektive entfernt ist, scheint in Russland unterschätzt worden zu sein.

Fehlkalkulation?

Der militärische Einmarsch in die Ukraine brachte dann im Februar 2022 offensichtlich nicht den erhofften schnellen Sieg. Ein vorab terminierter Jubel-Kommentar bei mehreren staatlichen Nachrichtenagenturen zur »russischen Einheit« aus drei Staaten (Russland, Weißrussland und Ukraine als »Klein-Russland«) sowie »der Schaffung einer neuen Weltordnung« verschwand am dritten Kriegstag schnell wieder aus dem Internet. Gleichzeitig waren die Sanktionen offensichtlich härter als von Russland erwartet, insbesondere die Neutralisierung eines großen Teils der Währungsreserven durch die Finanzsanktionen.

Mit dieser Fehlkalkulation stand die russische Führung aber nicht alleine da. Auch Militärexperten im

Westen hatten angesichts der erdrückenden zahlenmäßigen Überlegenheit der russischen Armee in allen Bereichen im Falle einer Invasion mit einem schnellen Sieg gerechnet und die Debatte um Sanktionen schien noch kurz vor dem Kriegsbeginn durch Russland vor allem auf NordStream II konzentriert, also auf einen zukünftigen alternativen Transportweg, nicht auf aktuelle russische Exporte.

Der Krieg bestätigt auf perfide Weise das Mantra der Pipelinebefürworter, dass der Energiehandel für beide Seiten, für Russland und für viele europäische Staaten, insbesondere Deutschland, zu wichtig sei, als dass er einfach abgebrochen werden könnte. Dementsprechend werden auch nach Kriegsbeginn die russischen Lieferverpflichtungen für Erdgas durch ukrainische Pipelines voll erfüllt. Trotz extrem hoher Preise hatte Russland im Vorjahr seine Lieferungen nicht erhöht. Das Ziel war es ganz klar, für den Zeitpunkt des Krieges die Abhängigkeit von weiteren Lieferungen aufgrund leerer Gasspeicher zu erhöhen.

Soweit die bescheidenen Geländegewinne in der Ukraine dies zeigen können, scheint die längerfristige Strategie Russlands für die Ukraine dem Vorbild der »Volksrepubliken« in der Ostukraine zu folgen. Mit Hilfe russischer Sicherheitskräfte werden potentielle Organisatoren von Widerstand und Protesten ausgeschaltet, die Macht wird formal an einheimische prorussische Politiker übergeben, die dann mit einer Terrorherrschaft die Kontrolle übernehmen. Hier ist die allgemeine Einschätzung internationaler Experten, dass dies dauerhaft kaum funktionieren kann. Die Ukraine ist (nach Russland) der größte Flächenstaat Europas. Nach der wahllosen Bombardierung ziviler Ziele durch die russische Armee ist in der Ukraine wohl kaum noch mit Sympathie für die Besatzer zu rechnen. Wenn Russland die gesamte Ukraine kontrollieren will, erfordert das Kapazitäten, die die Fähigkeit der Armee, Nationalgarde und Geheimdienste übersteigen dürften. Wenn Russland nur einen Teil der Ukraine kontrollieren will, dann wird es – wo auch immer – eine lange Grenze geben, die immer wieder Ziel von Angriffen sein dürfte.

Bereits der Versuch der militärischen Eroberung hat kurzfristig hohe Verluste der Armee und immensen wirtschaftlichen Schaden durch die Sanktionen bewirkt. Langfristig dürfte Russland sowohl militärisch als auch wirtschaftlich mit jedem möglichen Szenario überfordert sein. Staaten wie der Iran, Venezuela, oder Nordkorea demonstrieren aber auf unterschiedliche Weise, dass eine aus Sanktionen resultierende lange und schwere Wirtschaftskrise weder einen vollständigen Zusammenbruch noch einen Machtwechsel oder eine weniger aggressive Außenpolitik bewirken muss.

Schlussfolgerung

Niemand kann die Entscheidungen einer kleinen Gruppe politischer Führer vorhersagen. Dies gilt umso mehr, wenn sie sich von alternativen Informationsquellen und Ratschlägen isolieren und, wie vor allem auch der arrogante und aggressive Kommunikationsstil nahelegt, von der eigenen Überlegenheit und Mission überzeugt sind.

Russland hat seit 2014 jedes Mal gelogen, wenn es um den Einsatz der eigenen Armee in der Ukraine ging und zeigt jetzt in allen Stellungnahmen vollständige Verachtung für die Regeln internationalen Rechts. Hier auf eine konsensuale Verhandlungslösung zu setzen, ist naiv.

Wenn das Verschieben von Staatsgrenzen durch unprovozierten Krieg und die wahllose Zerstörung ziviler Ziele nicht dauerhaft die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln werden sollen, dann muss jetzt so nachdrücklich und so schnell wie möglich der Preis für diese Politik erhöht werden. Je größer der wirtschaftliche Druck durch Sanktionen und vielleicht auch der moralische Druck durch Ächtung, je größer die Chance, dass es in Russland an verschiedenen Stellen Widerspruch gegen den Krieg gibt. Je schneller der Druck erfolgt, desto geringer sind die Möglichkeiten Russlands diesen abzufedern oder sich schrittweise anzupassen.

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er forscht zu Entwicklungspfaden autoritärer Regime, zu politischen Entscheidungsprozessen und zur Energiepolitik.

DEKODER

Russisch-kasachisches Win-win

Temur Umarow (Carnegie Moscow Center)

Einleitung dekoder

Es waren die schwersten Ausschreitungen in der jüngsten Geschichte Kasachstans: Anfang Januar wurde das zentralasiatische Land von tagelangen Protesten erschüttert. Präsident Tokajew setzte seinen Vorgänger Nursultan Nasarbajew als Chef des Sicherheitsrats ab und rief die OVKS, ein Militärbündnis unter Führung Russlands, zur Hilfe, um gegen die »ausländischen Terroristen« einzuschreiten. Dieses Vorgehen hatte für viel Unruhe gesorgt, Befürchtungen wurden laut, dass Kasachstan damit seine »multivektorale Außenpolitik« – gute Beziehungen zu Russland, China und den USA – aufgebe und sich zur Geisel Russlands mache. Die Proteste waren binnen weniger Tage niedergeschlagen, am 13. Januar begannen die OVKS-Truppen ihren Abzug, es gab 225 Todesopfer und mehr als 7000 Festnahmen – das zumindest sind die offiziellen Zahlen, Menschenrechtsorganisationen gehen von deutlich mehr Opfern aus.

Auslöser für die Demonstrationen waren die hohen Gaspreise gewesen, vor allem in der Kultur- und Wirtschaftsmetropole Almaty politisierten und radikalisierten sich die Proteste schließlich, Demonstranten forderten den völligen Rückzug von Ex-Präsident Nasarbajew.

Zentralasienexpertin Beate Eschment, Wissenschaftliche Mitarbeiter am ZOiS, vermutet im Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, dass die Proteste in Kasachstan durch »Kräfte aus dem riesigen Clan des Altpräsidenten Nursultan Nasarbajew« zusätzlich angeheizt worden waren, »die ihre Felle davonschwimmen sahen«. Derzeit beobachte sie einen Ämtertausch, zahlreiche Personen mit Verbindungen zu Nasarbajew würden ausgewechselt. Zudem nehme Tokajew wirtschaftliche Reformen in Angriff. Ein Ende von Kasachstans multivektoraler Außenpolitik sieht sie nicht.

Auf Carnegie.ru analysiert Temur Umarow, welche Interessen die kasachische und russische Führung mit dem OVKS-Einsatz jeweils verfolgten – und warum er eben nicht das Ende der kasachischen Multivektor-Politik bedeutete.

»Kasachstans Außenpolitik wird sich grundlegend ändern« – solche Stimmen wurden sofort laut, nachdem im Januar die OVKS mit Russland an der Spitze bei den Unruhen in Kasachstan interveniert und dem Präsidenten Kassym-Shomart Tokajew dabei geholfen hat, seine Macht nicht nur zu erhalten, sondern sogar zu festigen. Es hieß, die Landesregierung werde den Kreml für seine Unterstützung entlohnen müssen. Die Spekulationen über das Wie variierten von der Anerkennung der Krim über die Ablehnung der lateinischen Schrift bis hin zur Schließung »antirussischer« NGOs.

Nahezu einig war man sich allerdings, dass der Abschied von Kasachstans berühmter multivektoraler Außenpolitik nun unvermeidliche Konsequenz sei. Aber sind diese Annahmen berechtigt?

Auf den ersten Blick scheint die Frage nach einer »Gegenleistung« naheliegend – immerhin hat der OVKS-Einsatz Geld gekostet, und Russland ist ein ernsthaftes Risiko eingegangen, indem es seine Soldaten in das von Unruhen erschütterte Kasachstan schickte. Hätte sich das russische Militär aktiv an der gewaltsamen Zerschlagung der Proteste beteiligen müssen, wäre das ein enormer Imageschaden für Moskau – nicht nur gegenüber den Kasachen, sondern auch der Weltgemeinschaft.

Doch auch innenpolitisch hat Russland einiges riskiert: Wie bewertet die russische Gesellschaft den Militäreinsatz? Wie hätte es sich auf die Zustimmungswerte des Kreml ausgewirkt, wenn sich der Einsatz in die Länge gezogen oder russische Soldaten in Kasachstan umgekommen wären? Gründe genug also, um eine Gegenleistung zu fordern.

Doch diese Logik vernachlässigt einen wichtigen Umstand. Das Hauptmotiv für Moskaus Entscheidung, sich in das Geschehen in Kasachstan einzumischen, war nicht der Wunsch, seinen Einfluss in Zentralasien zu vergrößern, sondern die Sorge um die eigene Sicherheit, sollte die Situation im Nachbarland endgültig außer Kontrolle geraten.

Für Moskau waren die Unruhen in Kasachstan eine böse Neujahrsüberraschung. In diesen Tagen sorgte man sich weniger um das Schicksal der kasachischen Regierung als um die möglichen Konsequenzen für Russland. Die russisch-kasachische Grenze ist die zweitlängste Landesgrenze der Welt, sie ist sehr schwach gesichert und stellenweise nicht einmal markiert.

Außerdem war es für Moskau wichtig, Kasachstan als das zu erhalten, was es immer gewesen ist – Russlands wichtiger Verbündeter, der sich zahlreichen Initiativen des Kreml anschließt, sowohl in der Verteidigungs- als auch in der Wirtschaftspolitik, die auf eine Integration des postsowjetischen Raums ausgerichtet ist. Man durfte also nicht zulassen, dass dieses freund-

schaftlich gesinnte Regime fällt und der Präsident seine Macht verliert.

Der Preis für die Aktion war nicht sehr hoch. Die aktive Phase der Friedensmission dauerte nur wenige Tage: Tokajew hatte sich am 5. Januar an die OVKS gewandt und bereits am 10. Januar den baldigen Abschluss der Aktion verkündet. Die OVKS hatte gerade mal 2500 Soldaten und 250 Militärgeräte bereitgestellt. Offiziell sicherten die Einsatzkräfte der OVKS strategisch wichtige Objekte, doch eigentlich war ihr Einsatz vor allem symbolischer Natur.

Durchaus möglich, dass Tokajew auch allein mit der Situation fertig geworden wäre: Die kasachischen Sicherheitskräfte sind bei weitem nicht die schwächsten auf der Welt. Aber einige von ihnen hatten es (zumindest in Almaty) nicht eilig, die Befehle der Zentralregierung auszuführen, deswegen hätte sich die Krise in die Länge ziehen können. Der kasachische Präsident musste dringend beweisen, dass er neben der institutionellen Legitimität auch über reale Macht verfügt. Hilfe von Moskau anzufordern war die niedrigschwelligste Entscheidung.

Viel Auswahl hatte die kasachische Regierung sowieso nicht. Trotz aller Gespräche über die multivektorale Politik und den wachsenden Einfluss Chinas bleibt Russland das einzige Land, das die Regierungen in der Region militärisch unterstützen kann. Zum einen, weil es eine legale Grundlage dafür hat – laut Satzung der OVKS können bei Bedrohung in einem Mitgliedstaat die anderen Länder militärische Maßnahmen ergreifen. Zum anderen, weil die kasachische Gesellschaft Russland gegenüber relativ wohlgesonnen ist. Laut einer Umfrage des Zentralasiatischen Barometers halten 81 Prozent Russland für einen befreundeten und zuverlässigen Partner. Weder die USA noch China genießen ein so großes Vertrauen.

Und nicht zuletzt versteht Russland besser als andere Großmächte, was in der Innenpolitik und der Führungselite Kasachstans vorgeht. Man kennt viele ihrer Vertreter persönlich, pflegt mit einigen freundschaftliche Beziehungen, spricht mit allen in der eigenen Muttersprache und teilt Werte und Überzeugungen, die noch auf das Sowjetsystem zurückgehen. Das ermöglicht Russland, innenpolitisch Einfluss zu nehmen und in Krisensituationen schnell und effektiv zu reagieren.

Moskau hat schon jetzt – ohne neue Zugeständnisse von Tokajew – durch den kurzen Kasachstan-Einsatz der OVKS viel gewonnen. Vor allem ist es Russland gelungen, ein befreundetes politisches Regime im großen Nachbarland an der Macht zu erhalten. Außerdem konnte es der ganzen Welt beweisen, dass die OVKS nicht bloß irgendein Klub ist, sondern eine wirkmächtige Organisation. Gleichzeitig wurde den anderen Regierungen in Zentralasien signalisiert, dass nur Russland die Mittel und den Willen hat, sie im Fall einer Krise vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Der letzte Punkt ist in Anbetracht der wachsenden Aktivität Chinas in der Region besonders relevant. Russland wirkt im Vergleich zu China blass. Manche glauben schon so sehr an die Übermacht Chinas, die Russland aus Zentralasien zu verdrängen vermag, dass sie die kurze Verweildauer der OVKS mit einem Einwand Chinas erklären.

Allerdings genießt die chinesische Regierung nicht annähernd so viel Vertrauen bei der kasachischen Elite wie der Kreml, deswegen ist es schwer vorstellbar, dass Peking solche Forderungen stellen würde. Nach Einschätzung des Sinologen Igor Denissow halten die diplomatischen, nachrichtendienstlichen und analytischen Mittel Chinas nicht Schritt mit seiner immer größer werdenden wirtschaftlichen Präsenz in Zentralasien. Darum blieb China während der jüngsten Krise in der Rolle eines unbeteiligten Beobachters.

Natürlich wird der wirtschaftliche Einfluss Chinas auch nach den jüngsten Ereignissen weiter wachsen und allmählich auf andere Bereiche übergehen. Aber wie die Ereignisse im Januar gezeigt haben, wird Peking Moskau nicht so bald einholen, was das Verständnis der Vorgänge im Land und die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die herrschenden Eliten betrifft.

Tollkühne Rhetorik der Türkei

Die Krise hat auch Kasachstans Schwächen in den Beziehungen zu anderen Partnern offengelegt, beispielsweise der Türkei. Wie Peking beobachtete auch Ankara das Geschehen aufmerksam – Erdogan, der 2016 selbst einen Umsturzversuch erlebte, bot Tokajew telefonisch Hilfe an. Der Berater des türkischen Präsidenten Ihsan Sener ging sogar so weit von einer »Okkupation« Kasachstans durch die Einsatzkräfte der OVKS zu sprechen.

Doch die tollkühne Rhetorik zeugt nur von den türkischen Ambitionen in Zentralasien, die bislang weder durch eine Expertise in der Region noch durch ausreichende Verbindungen zu den lokalen Eliten oder ein Vertrauen im Volk untermauert sind.

Verhalten war auch die Reaktion der USA, obwohl Kasachstan als ihr wichtigster Partner in der Region gilt. Im Großen und Ganzen blieb es bei öffentlichen Erklärungen: Zunächst gab es einen Aufruf, die Gewalt zu beenden und die Menschenrechte zu achten, später folgte eine Solidarisierung mit den »verfassungsrechtlichen Institutionen Kasachstans«. Die USA interessieren sich mit jedem Jahr weniger für Zentralasien – ihr passives Verhalten während der Krise in Kasachstan ist dafür nur ein weiterer Beweis.

Und schließlich gibt es bei der Erwartung einer prorussischen Wende in der kasachischen Außenpolitik einen wesentlichen Haken: nämlich die Frage, welche neuen Druckmittel Russland durch seine kurze Truppenpräsenz unter dem Deckmantel der OVKS gewonnen hätte. Die Antwort lautet: gar keine.

Aus juristischer Sicht verlief alles entsprechend der Satzung der OVKS: Der Beschluss Kasachstan im Kampf gegen die »terroristische Bedrohung« beizustehen wurde nicht vom Kreml, sondern vom Rat für kollektive Sicherheit des Bündnisses getroffen. Es sind in dieser Zeit keine überstaatlichen Einrichtungen gegründet, zwischenstaatliche Übereinkünfte getroffen oder auch nur öffentliche Versprechungen gemacht worden, die Moskau dazu berechtigt hätten, irgendetwas zu fordern. Und selbst wenn es so etwas gegeben hätte, wäre es nicht in Russlands Interesse gewesen, Kasachstans berühmte multivektorale Außenpolitik anzurühren.

Im Gegensatz zu beispielsweise Belarus hat Kasachstan nie versucht, die Widersprüche zwischen Moskau und dem Westen gegeneinander auszuspielen, sondern sich tatsächlich bemüht, freundschaftliche Beziehungen mit beiden Seiten zu pflegen – mit Erfolg. Das Land verbindet schon seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit Russland und eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen: Fast 40 Prozent der kasachischen Exporte gehen nach Europa, während bei der Ölförderung amerikanische Firmen dominieren.

Mit anderen Worten: Kasachstans multivektorale Politik ist nicht bloße Rhetorik, sondern fußt auf diversifizierten Wirtschaftsbeziehungen. Von der Aufrechterhaltung dieser Politik hängt der materielle Wohlstand des Landes in vielerlei Hinsicht ab. Nähme man also an, Moskau wollte dieses Gleichgewicht zu seinen Gunsten stören, müsste es mit den wirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Schrittes rechnen.

Warum sollte Russland eigenhändig die durch die jüngsten Ereignisse ohnehin angeschlagene wirtschaftliche Lage in einem Land verschlimmern wollen, in dem gerade erst Massenproteste wegen Preisanstiegen und sozialer Ungerechtigkeit stattgefunden haben? Die politische Krise und die ausländischen Truppen haben die Investoren auch so schon verunsichert, was nicht folgenlos bleiben wird. In dieser Situation eine Distanzierung vom Westen zu fordern, würde nur weitere Probleme für alle Beteiligten nach sich ziehen. Zudem würde eine hypothetische Verdrängung des Westens aus Kasachstan nicht zwingend dazu führen, dass Russland diese Leerstelle füllt. Vermutlich würde Moskau sogar nur China dazu verhelfen, zu einer noch einflussreicheren Macht in Zentralasien zu werden.

Viel wahrscheinlicher ist es also, dass Russland sich nicht zu solchen Manövern hinreißen lässt, um neue Zugeständnisse von Kasachstan zu bekommen. Auch wenn die beiden Länder wie schon zuvor nicht ohne kleinere Streitigkeiten auskommen werden – beispielsweise über den Stellenwert der russischen Sprache.

Kasachstan ist reich genug, um eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben. Viele haben die Signale bereits bemerkt, die Tokajew durch die Besetzung der Ämter sendet: Minister für Information und gesellschaftliche Entwicklung wurde Askar Umarow, der für seine russophoben Statements bekannt ist. Gleichzeitig wurde mit Roman Skljar nach zwei Jahrzehnten erstmals wieder ein ethnischer Russe für den Posten des stellvertretenden Premiers ernannt. Ein solches Gleichgewicht soll zeigen, dass der außenpolitische Kurs des Landes unverändert bleibt – das Bündnis mit Russland ist stärker als je zuvor, aber es stellt die Souveränität Kasachstans nicht infrage.

Stand: 26.01.2022

Übersetzung aus dem Russischen: Maja Rajer

Über den Autor
Temur Umarow ist Fellow am Carnegie Moscow Center. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Innen- und Außenpolitik der zentralasiatischen Länder sowie auf den Beziehungen Chinas zu Russland und den zentralasiatischen Nachbarländern.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org *als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und Temur Umarow für die Erlaubnis zum Nachdruck.*

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

DEKODER

Krieg oder Frieden

Artyom Shraibman (Carnegie Moscow Center)

Einleitung dekoder

Rund 30.000 Soldaten aus Russland nehmen laut Kalkulationen der NATO an dem Militärmanöver mit Namen Entschlossenheit der Union 2022 teil, das noch bis zum 20. Februar in Belarus stattfindet. Eine für ein Manöver ungewöhnlich hohe Zahl an Kampftruppen, die sogar aus dem Fernen Osten Russlands verlegt wurden. Dazu Luftabwehrsysteme, Raketen, die mit Atomwaffen bestückt werden können, und Kampfjets. Die russische Führung bestätigte, dass die Übung an fünf Orten im Nachbarland abgehalten wird, betonte aber, dass man sich in Bezug auf die Truppenstärke an die internationalen Vorgaben halten werde. Diese erlauben maximal 13.000 Soldaten. Internationale Militärexperten und Kritiker äußern Sorge darüber, dass der Kreml Belarus als Aufmarschgebiet für eine etwaige Invasion der Ukraine nutzen könnte. So wurde ein großes russisches Militärlager in der Nähe der Stadt Retschiza errichtet, rund 50 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. In Belarus wird mitunter befürchtet, dass die russischen Truppen auch nach der Übung im Land stationiert bleiben könnten. Eine Angst, die Alexander Lukaschenko zu zerstreuen versuchte, indem er sagte, dass die russischen Truppen nach Ende des Manövers das Land verlassen würden. Den Abzug würde er zusammen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin entscheiden. Für Ende der Woche ist ein Treffen der beiden Staatsführer angekündigt.

Der belarussische Politikanalyst Artyom Shraibman setzt sich in seinem Stück für die russische Online-Plattform Carnegie.ru mit möglichen politischen Konsequenzen des Manövers für Belarus auseinander. Dabei fragt er auch, welche Rolle die Staatsführung um Lukaschenko für den Kreml spielen würde, falls es zu einem Krieg kommen sollte.

Für das Regime in Belarus sind zwei extreme Szenarien unangenehm, die sich im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen ergeben könnten: ein Krieg und ein Waffenstillstand. Käme es zum Krieg, wäre man zu riskanten und wohl auch selbstzerstörerischen Zugeständnissen an den Kreml genötigt. Im zweiten Fall würde es schwierig werden, im Kreml Interesse für die zur Schau getragene antiwestliche Haltung zu wecken. Um die USA zu Zugeständnissen bezüglich der Sicherheitsgarantien zu bewegen, hat Moskau eine reale Drohkulisse für die Ukraine geschaffen, indem das Land von allen Seiten mit Truppen umstellt wird. Eine der Fronten dieser militärischen Diplomatie ist mittlerweile das Staatsgebiet von Belarus.

Vom Friedensstifter zum Vorposten

Alexander Lukaschenko fällt in diesem Geschehen nicht einfach nur die Rolle eines Statisten zu, sondern vorgeblich die des Initiators dieser Manöver, die bis zum 20. Februar in Belarus stattfinden. Er hatte als erster bereits Anfang Dezember von den bevorstehenden außerplanmäßigen Manövern gesprochen. Anschließend unterstrich er bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass er selbst die russischen Streitkräfte eingeladen habe. Man müsse die Verteidigung der Südflanke üben, da von der Ukraine eine Gefahr ausgehe. Bereits vor ihrem Beginn haben die Manöver die neue Rolle von Belarus in der Region verdeutlicht und auch den Kontrast zu den Träumen von einer osteuropäischen Schweiz, von denen die belarussische Regierung vor ein paar Jahren noch sprach.

Bis 2020 hatte Lukaschenko die Verschärfung der Krise zwischen Russland und dem Westen ausgenutzt. Minsk balancierte zwischen den beiden Seiten, indem es für die eine Seite Risiken feilbot und der anderen Seite Möglichkeiten offerierte. 2020 brach dann der westliche Vektor ab, und Minsk hat jetzt weder Raum für diplomatische Schachzüge noch eine Wahl, wie es sich im Falle einer Eskalation in der Region verhalten kann. Ein neuer Versuch, sich von Moskau zu distanzieren, würde im Westen wohl kaum honoriert werden, in Russland träfe er, milde gesagt, auf Unverständnis.

Unter Experten und Politikern gab es viele Jahre Diskussionen darüber, wie autonom Lukaschenko sein werde, wenn sich die Gefahr eines echten Krieges abzeichnet: Folgt er gehorsam dem Willen des Kreml oder geht er in Widerstand, um seine Souveränität zu bewahren und sie allen zur Schau zu stellen? Anfang 2022 begann nun ein Experiment, das diese Debatte – und sei es vorübergehend – zugunsten der ersten These entscheidet. Niemand fragt sich jetzt noch, als was das belarussische Territorium zu betrachten ist: Es ist jetzt ganz und gar russisches Aufmarschgebiet. Und der Grad an Bedrohung von Seiten des belarussischen Hofes wird allein von einer Variablen bestimmt: ob der Kreml einen Krieg will.

Lukaschenkos undankbare Rolle in dem Spiel

Lukaschenko hat sich derweil keineswegs verändert. Es missfällt ihm, dass er nicht mehr als Herr der Lage im

eigenen Land wahrgenommen wird. Es verletzt ihn allein schon der Gedanke, dass sowohl Kräfte im Ausland als auch die eigene Nomenklatura in ihm einen Vasallen Russlands und nicht des belarussischen Souveräns erkennen. Das ist schon an Kleinigkeiten erkennbar. Bei einer Sitzung mit den Silowiki fängt er plötzlich an, in Abwesenheit, aber sehr ausgiebig mit dem Anführer der vorletzten Oppositionsgeneration Senon Posnjak, zu streiten. Er argumentierte dabei, dass das derzeitige Regime keine Besatzung des Landes zulassen werde, woher die Gefahr auch kommen möge.

Washington versteht diesen Charakterzug Lukaschenkos und ärgert ihn damit, dass es durch einen ungenannten Mitarbeiter des Außenministeriums erklären lässt, der belarussische Diktator habe allem Anschein nach die Situation nicht mehr im Griff. Und: Wenn sich Minsk in einen Krieg mit der Ukraine verstricken würde, könne das zu einer Spaltung der belarussischen Eliten führen. Das sieht nicht nach dem Wunsch aus, Lukaschenko in die Schranken zu weisen, sondern eher nach einem Versuch, die manipulativen Spekulationen des Gegners zu durchkreuzen und Lukaschenko zu Selbständigkeit zu ermutigen. Parallel drohen die USA Minsk mit neuen Sanktionen wegen der möglichen Beteiligung an einer russischen Aggression gegen die Ukraine. Das ist keine leere Drohung: Wegen der geringen Bedeutung von Belarus für die Weltwirtschaft und einer Reihe bereits verhängter Sanktionspakete wäre es politisch einfacher, Sanktionen gegen Belarus auf ein iranisches Niveau zu schrauben als in gleicher Weise gegen Russland vorzugehen.

All diese Umstände, die Lukaschenko vielleicht erzürnen mögen, können jedoch nichts an einer weit unangenehmeren Tatsache ändern: Falls sich die Lage in der Region bis zum Äußersten eskaliert, dürfte der Kreml seine Pläne für das Territorium von Belarus nicht davon abhängig machen, was Lukaschenko dazu sagt.

Weder Krieg noch Frieden

Die Wahrscheinlichkeit eines echten Krieges in der Region abzuschätzen, ist eine undankbare Aufgabe. Doch selbst wenn es dazu kommen sollte, wird die belarussische Armee wohl kaum unmittelbar daran beteiligt sein. Die Ausnahme wäre hier, wenn es zu einem vollkommen apokalyptischen Szenario käme, bei dem die russischen Angriffe gegen die Ukraine von belarussischem Territorium aus geführt werden, und es als Antwort der Ukraine zu Raketenbeschuss und Sabotageaktionen kommt, von denen belarussische Militärangehörige oder Zivilisten betroffen wären.

Auf eigene Faust wird Lukaschenko in dem Konflikt sicherlich keine belarussischen Truppen einsetzen. Darauf ist Moskau aus militärischer Sicht nicht sonderlich angewiesen, doch gibt es gewichtige politische Gründe. All die 27 Jahre an der Macht hatte Lukaschenko seinen Wählern Ruhe und Frieden als wichtigste Leistung versprochen, die alle anderen Entbehrungen und Probleme rechtfertigt. Eine Beteiligung an einem Krieg, insbesondere gegen die Ukraine, wäre selbst einem beträchtlichen Teil der Anhänger Lukaschenkos schwer zu erklären, und den übrigen Belarussen umso schwerer. Lukaschenko ist mittlerweile ohnehin zu weit vom Höhepunkt seiner Legitimität entfernt, um sein wichtigstes politisches Kapital zu riskieren, nämlich den Frieden seiner loyalen Wähler.

Lukaschenkos jüngster Ansprache an das Volk und das Parlament zufolge ist ihm das sehr wohl bewusst. In seiner Rede fand sich viel militaristische Rhetorik, doch erklärte er auch auf die Frage einer Frau aus dem Saal, ob ihre Söhne im Ausland würden kämpfen müssen, dass die belarussische Armee dazu da sei, das Land auf dem eigenen Territorium zu verteidigen. »Wenn sie kommen, um uns umzubringen, werden wir uns volle Pulle wehren, auf unserem, wie auf fremdem Territorium. Von uns wird niemals ein Krieg ausgehen«, fügte er hinzu. Bei einer solchen Veranstaltung gibt es keine Fragen, die nicht vorab genehmigt wären, also wollte die Regierung, dass Lukaschenko die Gelegenheit für eine solche Antwort hat, um die zunehmenden Ängste in der Gesellschaft zu zerstreuen.

Die Grauzone dieses gelenkten Konflikts ist ideal, um Moskau ohne größere Verluste seine rhetorische Loyalität zu verkaufen. Falls der Konflikt zwischen Russland und den USA ohne Krieg, aber auch ohne einen Frieden gelöst wird, wenn also die Differenzen diplomatisch breitgeredet werden, könnte Lukaschenko daraus sogar Kapital schlagen. Für das Verhältnis von Minsk zum Westen würde das allerdings nichts Neues bedeuten. Die Hoffnungen auf eine Autonomie Lukaschenkos sind eh zerstoben, und dieser Ansehensverlust lässt sich in absehbarer Zukunft nicht korrigieren.

Im Verhältnis zu Moskau würde Lukaschenko allerdings zu einem Verbündeten, der in einem wichtigen Moment seine Pflicht in einem Bereich erfüllt hat, der für den Kreml von sakraler Bedeutung ist, nämlich bei der Sicherheit. Sollte das für Moskau nicht ein Anlass sein, bei den nächsten Kreditverhandlungen etwas großzügiger zu sein?

Stand: 04.02.2022

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor
Artyom Shraibman ist Journalist und politischer Kommentator für das belarussische Portal tut.by. Seine Schwerpunkte liegen in der belarussischen Innen- und Außenpolitik. Shraibman hat Internationales Recht an der Staatlichen Belarussischen Universität studiert sowie Politik und Kommuninkation an der London School of Economics. Beiträge von ihm erscheinen auch regelmäßig auf carnegie.ru.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org *als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und Artyom Shraibman für die Erlaubnis zum Nachdruck.*

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

CHRONIK

28. Februar – 06. März 2022

28.02.2022	Auf einer Sitzung des Weltklimarates entschuldigt sich der russische Wissenschaftler und Delegierte Oleg Anissimow für den russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar. Die »Washington Post« zitiert ihn mit den Worten: »Lassen sie mich im Namen aller Russen, die diesen Konflikt nicht verhindern konnten, eine Entschuldigung aussprechen.« Außerdem sagte Anissimow, er bewundere die ukrainische Delegation dafür, dass sie trotz des Krieges an Klimaverhandlungen teilnehme.
28.02.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« hat das Soziale Netzwerk »Facebook« in Russland so stark beschränkt, dass Seiteninhalte nicht mehr laden. Damit wird »Facebook« praktisch unbenutzbar. »Facebook« hatte zuvor angekündigt, Werbung für russische Staatsmedien zu unterlassen als auch andere Leistungen für sie einzuschränken. Auch der Zugang zum Kurznachrichtendienst »Twitter« ist stark eingeschränkt.
28.02.2022	Als Folge des Ausschlusses einer Reihe russischer Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT und Sanktionen gegen die russische Zentralbank durch westliche Staaten in Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar bricht der Rubel zu Handelsbeginn der Börse um rund ein Viertel gegenüber dem Dollar ein. Ein Dollar kostet nun 105 Rubel, ein Euro 113 Rubel. Als Reaktion auf den Verfall wird der Handel an der Moskauer Börse ausgesetzt. Die russische Zentralbank hebt den Leitzins auf 20 Prozent an. Das ist ein Anstieg um fast das Doppelte. Russische Exportfirmen werden verpflichtet, 80 Prozent ihrer Einnahmen in Rubel umzutauschen. Außerdem wurde der Transfer von Devisen ins Ausland untersagt.
28.02.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« weist den Internetriesen »Google« an, »unverifizierte Angaben« zu Opfern unter russischen Soldaten und ukrainischen Zivilisten aus seinen Suchergebnissen zu entfernen. Bei Nichteinhaltung der Anweisung droht die Behörde mit Blockierung des Angebots von »Google«.
28.02.2022	Im Grenzgebiet zwischen der Ukraine und Belarus treffen sich die Delegationen der Ukraine und Russlands zu Gesprächen. Die Ukraine fordert den Abzug aller russischen Truppen aus dem Land, einschließlich aus der seit 2014 von Russland annektierten Halbinsel Krim sowie den Separatistengebieten im Donbass. Am Ende der sechsstündigen Verhandlungen steht die Vereinbarung, sich zu einer weiteren Verhandlungsrunde zu treffen.
28.02.2022	Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, wirft der Europäischen Union feindseliges Verhalten vor. Die Waffenlieferungen an die Ukraine seien gefährlich und destabilisierend. Außerdem seien sie ein Beweis dafür, dass Russland mit seinem Ziel einer Entmilitarisierung der Ukraine im Recht sei.
28.02.2022	Mit einem großangelegten Hackerangriff legt das international agierende Hackerkollektiv »Anonymous« die Websites verschiedener russischer Staatsmedien lahm. Unter anderem betroffen sind die staatliche Nachrichtenagentur »Tass« sowie die Zeitungen »Iswestija« und »Kommersant«. Auf der Site von »Iswestija« erschien ein Banner mit der Aufforderung, den russischen Krieg in der Ukraine sofort zu beenden. »Anonymous« hatte Russland als Reaktion auf dessen Einmarsch in die Ukraine den Cyberkrieg erklärt.

28.02.2022	Als Reaktion auf die Sperrung des europäischen Luftraums für Maschinen aus Russland sperrt Russland seinerseits seinen Luftraum für Flugzeuge aus 36 Staaten.
28.02.2022	Der Bundesrat der Schweiz teilt mit, die Schweiz werde angesichts des anhaltenden russischen Krieges in der Ukraine die von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland übernehmen.
28.02.2022	Die russische Zentralbank bietet nach dem Ausschluss einiger russischer Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT eine interne Alternative an. Dies teilte Zentralbankchefin Elwira Naibullina mit. Auch ausländische Kreditinstitute könnten sich mit diesem System verbinden. Alle Banken würden ihren Verbindlichkeiten nachkommen, alle Einlagen seien sicher.
28.02.2022	Als Reaktion auf Russlands Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar kritisieren verschiedene russische Oligarchen, darunter Jewgenyj Lebedew, Oleg Deripaska und Oleg Tinkow, die russische Regierung und fordern ein Ende des Krieges.
28.02.2022	Der Fußballweltverband FIFA und die Europäische Fußballunion UEFA suspendieren Russland aufgrund des Einmarschs in die Ukraine am 24. Februar von allen Wettbewerben.
28.02.2022	In Russland werden erneut mehr als 400 Menschen in 13 Städten bei Kundgebungen gegen den russischen Einmarsch in die Ukraine festgenommen. Dies teilte die Nichtregierungsorganisation »OWD-Info« mit. Laut »Amnesty International« sind seit Kriegsbeginn am 24. Februar bereits mehr als 5.900 Menschen bei Protesten gegen den Ukraine-Krieg in Russland festgenommen worden.
28.02.2022	Der Oberste Gerichtshof Russlands verkündet in einem Urteil die Rechtmäßigkeit der Liquidation der russischen Menschenrechtsorganisation »Memorial«. Im Dezember 2021 war die Liquidation der NGO wegen angeblichen Verstoßes gegen das Gesetz für »ausländische Agenten« angeordnet worden. Gegen das Urteil hatte »Memorial« Berufung eingelegt.
01.03.2022	In mehreren russischen Städten kommt es erneut zu Demonstrationen gegen Russlands Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar. Laut Nichtregierungsorganisation »OWD-Info« werden dabei 413 Menschen in 13 Städten festgenommen. Insgesamt seien seit Kriegsbeginn bisher 6.440 Menschen bei Kundgebungen gegen den Krieg festgenommen worden, teilte »OWD-Info« mit.
01.03.2022	Mehrere große Filmstudios aus Hollywood kündigen an, die von ihnen produzierten Filme in Russland nicht mehr zeigen zu wollen. Ein Sprecher der »Walt Disney Company« begründete diesen Schritt mit der »grundlosen Invasion« Russlands in die Ukraine und die damit ausgelöste »tragische humanitäre Krise«.
01.03.2022	Die russischen Oligarchen Pjotr Awen (Vorsitzender der Alfa-Bank) und Michail Fridman (Miteigentümer der Alfa-Gruppe) veröffentlichen eine Erklärung, laut der sie die von der Europäischen Union gegen sie verhängten Sanktionen anfechten wollen. Die Sanktionen, die die EU nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 28. Februar gegen sie und 24 weitere Personen verhängt hatte, beruhten auf »böswilligen und vorsätzlichen Lügen«. Sie seien »langfristige Investoren, die sich für europäische Unternehmen engagieren«. Beide kündigten an, mit sofortiger Wirkung aus dem Verwaltungsrat der Alfa-Bank auszuscheiden.
01.03.2022	Die weltgrößte Containerreederei »Maersk« aus Dänemark setzt wegen des Ukraine-Kriegs alle Lieferungen, mit Ausnahme von humanitären Gütern, von und nach Russland aus. Damit reagiert die Reederei auf die gegen Russland nach dem Einmarsch in die Ukraine verhängten Sanktionen, die die Stabilität und Sicherheit des Betriebes bereits indirekt beeinflussten. Russische Häfen würden deshalb bis auf Weiteres nicht mehr angelaufen.
01.03.2022	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu erklärt, dass Russland seine »Spezialoperation« in der Ukraine fortsetzen wird, bis alle Ziele erreicht seien. Die Hauptaufgabe sei der Schutz Russlands vor einer militärischen Bedrohung durch den Westen, der versuche, das ukrainische Volk zum Kampf gegen Russland zu benutzen, so Schojgu weiter.
01.03.2022	Der britische Verkehrsminister Grant Shapps verkündet auf »Twitter« ein Gesetz, demzufolge ab sofort keine Schiffe unter russischer Flagge mehr britische Häfen anlaufen dürfen.
01.03.2022	Auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf verlassen zahlreiche Diplomaten während einer Rede des russischen Außenministers Sergej Lawrow aus Protest den Saal. Lawrow hatte sein persönliches Erscheinen aufgrund des Flugverbotes für russische Maschinen in der EU kurzfristig absagen müssen und war per Videoschalte anwesend. Lawrow verlas eine Erklärung, in der er den russischen Angriff auf die Ukraine mit Menschenrechtsverletzungen der ukrainischen Seite rechtfertigte.

01.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« schränkt den Zugang zu »Echo Moskwy« und »Doshd« ein. Den unabhängigen Radio-, bzw. Fernsehsendern wird die Verbreitung von Falschnachrichten zum Krieg in der Ukraine vorgeworfen. In Russland ist es offiziell verboten, für den Krieg in der Ukraine die Worte »Angriff«, »Invasion« und »Krieg« zu verwenden. Im offiziellen Sprachgebrauch ist die Rede von einer »Militäroperation«. Auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft blockiert »Roskomnadsor« deshalb die Ausstrahlung der Sender in Russland.
01.03.2022	Der US-amerikanische Technologiekonzern »Apple« stellt bis auf weiteres den Verkauf seiner Produkte in Russland ein. Außerdem werden die Angebote russischer Staatsmedien aus dem App Store entfernt. Auch die Bezahlplattform »Apple Pay« wird in Russland nur noch eingeschränkt angeboten. Damit reagiert »Apple« nach einem Appell der ukrainischen Regierung auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine.
02.03.2022	Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU in Brüssel gibt den EU-Mitgliedsstaaten die Erlaubnis für einen Senderverbot der russischen Staatssender RT und »Sputnik«. Zur Begründung hieß es, die Sender arbeiteten daran, die Europäische Union zu spalten und Russlands Vorgehen in der Ukraine zu rechtfertigen.
02.03.2022	Die »Sberbank« gibt den Rückzug aus dem europäischen Markt bekannt. Als Begründung wurden starke Bargeldabflüsse und Drohungen gegen Mitarbeiter und Gebäude genannt. Aufgrund einer Anweisung der russischen Zentralbank sei der russische Mutterkonzern nicht in der Lage, seine europäischen Ableger mit Liquidität zu versorgen, teilte das Unternehmen mit. Die »Sberbank« ist eine der von den europäischen Sanktionen betroffene russische Bank, die nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine erlassen wurden.
02.03.2022	Der US-amerikanische Ölkonzern »ExxonMobil« kündigt den Rückzug aus dem Öl- und Gasfördergeschäft in Russland an. Der Konzern teilte in einer Pressemitteilung mit, er verurteile die militärischen Aktionen Russlands gegen die Ukraine und spreche sich für eine starke internationale Reaktion gegenüber Russland aus. »ExxonMobil« betreibt gemeinsam mit dem russischen Konzern »Rosneft« sowie indischen und japanischen Partnern das Öl- und Gasförderprojekt »Sachalin-1«.
02.03.2022	Die USA kündigen als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine die Sperrung ihres Luftraums für russische Flugzeuge an. Dies gab US-Präsident Joe Biden bekannt. Zuvor hatten bereits die Europäische Union und Kanada ihre Lufträume geschlossen. Ausgenommen bleiben humanitäre Transporte.
02.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde sperrt den Zugang zum russischen Online-Medium »The Village«. »The Village« ist ein Magazin, das über das kulturelle und gesellschaftliche Leben in verschiedenen russischen Großstädten berichtet. Das Verbot erfolgt wegen der »Verbreitung von in Russland verbotenen Informationen«. »The Village« habe ungenaue Informationen über den russischen Einmarsch in die Ukraine veröffentlicht. In Russland ist die Nutzung der Worte »Krieg« und »Invasion« im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine verboten.
02.03.2022	Die UN-Vollversammlung verurteilt mit großer Mehrheit den russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022. 141 Mitgliedsstaaten sprachen sich für eine Resolution gegen den Krieg aus und forderten den Abzug russischer Truppen aus der Ukraine. 35 Länder, darunter China, enthielten sich. Nur fünf Länder, darunter Russland und Syrien, stimmten dagegen.
02.03.2022	Der russische Oligarch Roman Abramowitsch teilt seine Absicht mit, den Londoner Fußballverein FC Chelsea zu verkaufen. Dies sei, so glaube er, im Interesse des Vereins, der Mitarbeiter und Sponsoren. Nach eigenen Angaben wies Abramowitsch den FC Chelsea an, einen Fonds einzurichten, aus dem der gesamte Nettoerlös des Verkaufs den Opfern des Krieges in der Ukraine zugutekomme. Abramowitsch hatte den Verein im Jahr 2003 gekauft. Am 26. Februar hatte er in Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine und die gegen ihn von der EU verhängten Sanktionen die Leitung des Clubs an die Treuhänder des Vereins abgegeben.
02.03.2022	Die Nichtregierungsorganisation »OWD-Info« gibt bekannt, dass erneut in 25 russischen Städten bei Protesten gegen den russischen Krieg in der Ukraine 724 Menschen festgenommen worden seien. Seit Kriegsbeginn am 24. Februar seien demnach 7.586 Menschen auf Anti-Krieg-Kundgebungen festgenommen worden.
03.03.2022	Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag leitet eine Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine ein. Die Ermittlung umfasst den Zeitraum seit 2013 und schließt auch die Zeit seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 ein. Sie befasst sich mit möglichen Verbrechen aller Konfliktparteien. Gleichzeitig leitet der Vorsitzende des russischen Ermittlungskomitees, Aleksandr Bastrykin, eine Untersuchung zum Beschuss von Zivilisten im Donbass durch die ukrainische Armee ein.
03.03.2022	Die internationalen Rating Agenturen »Fitch« und »Moodys« stufen Russlands Kreditwürdigkeit nach dem Einmarsch in die Ukraine und den nachfolgenden Sanktionen westlicher Länder herab. Beide setzten die Kreditwürdigkeit Russlands um sechs Stufen auf »Ramschniveau« herab.

03.03.2022	Das Internationale Paralympische Komitee nimmt nach internationaler Kritik seine Entscheidung zurück, russische und belarussische Sportler an den paralympischen Spielen in Peking unter neutraler Flagge starten zu lassen. In der Begründung hieß es, es habe zu viele Boykottdrohungen anderer Mannschaften gegeben. Die Lage in den olympischen Dörfern drohe, zu eskalieren.
03.03.2022	Der Verwaltungsrat des unabhängigen russischen Radiosenders »Echo Moskwy« kündigt die Auflösung des Sendes an. Mehrheitseigentümer ist die staatliche »Gasprom-Media-Holding«. Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« hatte bereits am 01. März den Zugang zum Sender eingeschränkt, weil dieser kritisch über den Krieg in der Ukraine berichtet hatte. Auch der unabhängige Fernsehsender »Doshd« setzt seine Arbeit vorübergehend aus. Dies teilte die Generaldirektorin Natalja Sindejewa mit. Am 01. März war die Website des Senders von »Roskomnadsor« gesperrt worden. Begründet wurde dies mit »gezielten und systematischen Veröffentlichungen«, von »wissentlich falschen Informationen über die militärische Sonderoperation« in der Ostukraine.
03.03.2022	Die Moskauer Börse gibt bekannt, dass vier Aufsichtsratsmitglieder diesen auf eigenen Wunsch verlassen. Die Moskauer Börse ist seit dem 28. Februar aufgrund historischer Kurseinbrüche als Reaktion auf die Sanktionen westlicher Länder nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine geschlossen.
03.03.2022	Der schwedische Möbelkonzern IKEA gibt die Aussetzung seines Geschäftsbetriebes in Russland und Belarus bekannt. Es begründet diese Entscheidung unter anderem mit der Unterbrechung von Lieferketten als Folge des Kriegs in der Ukraine. Betroffen sind nicht nur die Filialen in beiden Ländern, sondern auch die Produktion in Russland mit insgesamt rund 15.000 IKEA-Mitarbeitern. Auch der deutsche Autobauer »Volkswagen« gibt die Einstellung seiner Produktion in Russland aufgrund unterbrochener Lieferketten bekannt.
03.03.2022	Dmitrij Kolesew, Chefredakteur des unabhängigen russischen Online-Magazins »Republic« gibt bekannt, dass er Russland verlassen werde. Er werde aus dem Ausland seine publizistische Tätigkeit fortsetzen. Zuvor hatte bereits Tichon Dsjadko, Chefredakteur des am 01. März 2022 abgeschalteten Fernsehsenders »Doshd« seine Ausreise angekündigt. »Republic« und »Doshd« gehören zur selben Medienholding.
03.03.2022	In der Oblast Brest in Belarus treffen sich die ukrainische und die russische Delegation zur zweiten Gesprächsrunde seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022. Die Konfliktparteien einigen sich auf die Schaffung humanitärer Korridore zur Evakuierung von Zivilisten aus besonders umkämpften Gebieten. Die russische Delegation wiederholte außerdem die Forderung Putins nach einer Demilitarisierung der Ukraine.
03.03.2022	Die Mitglieder des Arktischen Rates, dem auch Russland angehört, teilen in einer gemeinsamen Erklärung mit, dass sie sich bis auf Weiteres nicht an Sitzungen beteiligen werden, an denen auch Russland teilnimmt. In der Erklärung heißt es, dass die auf dem Völkerrecht basierenden Grundprinzipien von Souveränität und territorialer Integrität die Grundlage für den Rat bilden. Deshalb könne angesichts der Verletzung dieser Grundrechte durch Russland mit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 auf dieser Grundlage keine Ratssitzung mehr abgehalten werden. Russland hat derzeit den Vorsitz im Arktischen Rat inne.
03.03.2022	Der Vorstand des russischen Erdölkonzerns »Lukoil« äußert seine Besorgnis über die »tragischen Ereignisse« in der Ukraine und spricht allen Betroffenen sein tiefes Mitgefühl aus. In der Erklärung wird die schnellstmögliche Beendigung des Krieges und die Beilegung des Konflikts mit diplomatischen Mitteln gefordert. Das Unternehmen ist, anders als andere russische Energiekonzerne, nicht in staatlicher Hand.
04.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« beschränkt den Zugang zu den Websites verschiedener russischer und internationaler Medien. Dies betrifft unter anderem die Website des in Lettland ansässigen russischen Exilmediums »Medusa« ebenso wie die russische BBC, »Radio Liberty« und die »Deutsche Welle«. Begründet wurde dieser Schritt mit der gezielten Verbreitung von »Falschinformationen« im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine.
04.03.2022	Die russische Staatsduma verabschiedet eine Gesetzesänderung, mit der die Verbreitung von »Falschinformationen« über Aktionen des russischen Militärs, die Diskreditierung der russischen Streitkräfte und die Forderung nach gegen Russland gerichtete Sanktionen unter Strafe gestellt werden. Das Gesetz sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu 15 Jahren vor, für die Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den »Einsatz russischer Streitkräfte zum Schutz seiner Bürger«.
04.03.2022	Die USA verhängen Sanktionen gegen russische Oligarchen und weitere Personen aus dem inneren Kreis des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Betroffen sind unter anderem der Sprecher des Präsidenten Dmitrij Peskow und Alischer Usmanow, einer der reichsten Russen und enger Verbündeter Putins. Vermögenswerte der betroffenen Personen in den USA werden eingefroren, Eigentum für die Nutzung gesperrt.

04.03.2022	Die russische Menschenrechtsorganisation »Memorial« teilt mit, dass ihre Moskauer Büroräume sowie das Menschenrechtszentrum der Organisation in Moskau von russischen Behörden durchsucht worden seien. Ende Dezember 2021 waren beide Nichtregierungsorganisationen vom Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation liquidiert worden.
04.03.2022	Das unabhängige russische Onlinemagazin »Znak« kündigt seine Schließung an. Dies teilte das Medium auf seinem »Telegram«-Kanal mit. Die Redaktion reagiert damit auf die Vielzahl neuer Einschränkungen, die es im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine seit Ende Februar gebe. Auch das Online-Magazin »The Village«, dessen Website am 02. März 2022 von der russischen Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« blockiert worden war, gibt die Schließung der Redaktion in Russland bekannt. Das Magazin werde von Polen aus weiter veröffentlichen.
04.03.2022	In einer Fernsehansprache ruft der russische Präsident Wladimir Putin ausländische Staaten dazu auf, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren. Russland hege keine bösen Absichten gegen seine Nachbarn, diese sollten die Spannungen nicht weiter anheizen. Russland erfülle seine Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern, jeder solle nun darüber nachdenken, wie die Beziehungen wieder normalisiert werden könnten.
04.03.2022	Der Ostsee-Rat gibt die vorläufige Suspendierung Russlands aus dem Gremium bekannt. Die übrigen Mitglieder begründen diesen Schritt in einer gemeinsamen Erklärung mit dem »unprovozierten und völkerrechtswidrigen Krieg« Russlands gegen die Ukraine. Der Ostsee-Rat war 1992 gegründet worden und ist ein politisches Forum zur regionalen Zusammenarbeit in der Region.
04.03.2022	Der deutsche Konsumgüterhersteller »Henkel« stoppt seine geplanten Investitionen in Russland. Dies teilte der Konzern am Freitag mit. Werbung in den staatlichen russischen Medien und alle Sponsoringaktivitäten in Russland würden eingestellt. Henkel produziert in Russland in elf Werken mit rund 2.500 Mitarbeitern Waren des täglichen Bedarfs.
04.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« gibt die Sperrung des sozialen Netzwerks »Facebook« und des Kurznachrichtendienstes »Twitter« bekannt. Die Sperrung von »Facebook« wird begründet mit der Sperrung der Accounts russischer Medien durch den »Facebook«-Konzern. »Facebook« hatte nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 die Accounts von russischen Staatsmedien wie »RIA Nowosti«, »Sputnik« oder »Rossija Segodnja« eingeschränkt. »Twitter« habe wiederholt zur Verbreitung von Falschinformationen in Bezug auf die »spezielle Militäroperation« Russlands in der Ukraine beigetragen.
05.03.2022	Nach den deutschen Medienhäusern ARD und ZDF verkünden auch US-Sender CNN und die Nachrichtenagentur »Bloomberg« die Einstellung ihrer Tätigkeit auf russischem Staatsgebiet. Begründet wird die Entscheidung mit dem am Vortag erlassenen Gesetz, dass die Verbreitung von Falschinformationen über den Ukraine-Krieg und eine »Verunglimpfung« der russischen Armee unter Strafe stellt.
05.03.2022	Das Zahlungsunternehmen »Paypal« stellt seinen Dienst in Russland ein. Es schließt sich damit einer Reihe von Finanz- und Technologieunternehmen an, die sich vom russischen Markt zurückziehen. Das Unternehmen begründete diesen Schritt mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den darauffolgenden Sanktionen westlicher Länder gegen Russland.
05.03.2022	Das unabhängige russische Online-Magazin »Colta« wird vorübergehend geschlossen. Dies kündigte die Redaktion an als Reaktion auf die Verabschiedung des Gesetzes zur strafrechtlichen Verfolgung der wissentlichen Verbreitung von »Falschnachrichten« über den Ukraine-Krieg und die russische Armee. »Colta« hatte seit 2012 über Kultur und Gesellschaft in Russland berichtet.
05.03.2022	Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, erklärt, man könne nicht von einer vollständigen Isolierung Russlands aufgrund der Ereignisse in der Ukraine sprechen. Die USA und ihre Verbündeten repräsentierten nicht die gesamte Welt, Russland sei zu groß, um vollständig isoliert zu werden. Auf der Welt gebe es viele Länder, die eine vernünftigere Einstellung zur Dynamik internationaler Beziehungen hätten, die USA und ihre Verbündeten würden zurzeit übermäßig emotional reagieren. Peskow äußerte außerdem die Hoffnung, dass die russische Position früher oder später auch von diesen Ländern verstanden werde.
05.03.2022	Der israelische Ministerpräsident Naftali Bennett reist zu Vermittlungsgesprächen im Ukraine-Krieg nach Moskau. Beide Seiten bestätigten einen kurzen Arbeitsbesuch Bennetts bei Russlands Präsident Wladimir Putin. Details wurden zunächst nicht bekannt. Im Anschluss an das Gespräch reist Bennett weiter nach Berlin.
06.03.2022	Die US-amerikanischen Kreditunternehmen »Visa«, »Mastercard« und »American Express« kündigen ihren Rückzug aus Russland an. »Mastercard« begründet dies mit der »beispiellosen Natur des derzeitigen Konflikts« und der »ungewissen wirtschaftlichen Umgebung in Russland«. In Russland ausgestellte Karten der Unternehmen werden im Ausland nicht mehr funktionieren und umgekehrt. Alle Karten, die von russischen Kreditinstituten ausgestellt wurden, würden in Russland bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit weiter funktionieren, gab die russische Zentralbank bekannt.

06.03.2022	Die russische Menschenrechtorganisation »OWD-Info« meldet, dass in 29 russischen Städten bei Protestaktionen gegen den Krieg in der Ukraine mehr als 1.000 Menschen festgenommen worden seien. Eine Sprecherin des Innenministeriums sprach sogar von rund 2.500 festgenommenen Protestierenden allein in Moskau und Sankt Petersburg. Auch der inhaftierte Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj hatte zu Protesten aufgerufen.
06.03.2022	Die russische Zentralbank begrenzt Zahlungen von natürlichen Personen ins Ausland auf 5.000 US-Dollar im Monat. Begründet wird dieser Schritt mit den erhöhten Schwankungen bei Aktien- und Devisenkursen. Der russische Rubel hatte zuletzt einen historischen Wertverfall aufgrund der von westlichen Staaten erlassenen Sanktionen in Folge des russischen Einmarsches in die Ukraine am 24. Februar 2022 erlitten.
06.03.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde blockiert die Website des unabhängigen russischen Online-Mediums »Mediazona«. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte wegen »Falschinformationen« über den Krieg in der Ukraine die Löschung der Seite gefordert. Aus demselben Grund wurde auch die Website von »Republic« gesperrt. »Republic« hatte noch einen Tag zuvor bekannt gegeben, in Zukunft nur noch mit vorsichtiger Sprache über die Vorgänge in der Ukraine berichten zu wollen und Material zum Krieg zum Teil gelöscht.
06.03.2022	Das russische Verteidigungsministerium kündigt Angriffe auf Gebäude der ukrainischen Waffenindustrie an. Dies gehöre zur Aufgabe der Armee, die Ukraine zu »entmilitarisieren«. Außerdem seien bei der sogenannten »Spezial-Operation« Spuren eines militärisch-biologischen Programms entdeckt worden, das von den USA finanziert worden sei.
06.03.2022	Die Videoplattform »TikTok« setzt die Veröffentlichung neuer Videos in Russland aus. Begründet wird dieser Schritt mit der Verabschiedung des Gesetzes zu »Falschinformation«, dass am 04. März 2022 erlassen worden war, um die »wissentliche Verbreitung von Falschinformationen« über den Krieg in der Ukraine und die »Verunglimpfung der russischen Armee« zu unterbinden. Auch der Streamingdienst »Netflix« setzt sein Angebot in Russland aufgrund der aktuellen Situation aus.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf http://www.laender-analysen.de/russland/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Florian Kübler
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:
Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

LÄNDER–ANALYSEN

Belarus–Analysen | Polen–Analysen | Russland–Analysen | Ukraine–Analysen | Zentralasien–Analysen

CSS ETH Zurich | DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. | Deutsches Polen Institut | Forschungsstelle Osteuropa | iamo | IOS Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | ZOIS

Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.